Informations-Dienst



iD

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 334 16. Mai 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 C

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
8ZD1602

FRANKFURT

BREMEN

DDR

KINDER

NATO ?

RADIOS

Wichtig ist ein erotisches Klima zu schaffen

PORTUGAL

ITALIEN

NICARAGUA

HAITI

HÄUSER

Aber kriegt ihr das mit, den Wechsel der Jahreszeiten?

JVA Butzbach, 15. Mai

Liebe ID'ler!

Danke für Euren Titelblattgruß. Ich fühle mich sehr angesprochen. Klar, auch hier wird Frühling. Dieses „trotz-allem-Wunder" – in der scheußlichen Stadt Frankfurt sicher noch unterdrückter als hier, jedenfalls anders, – schafft es auch hier.

Auf der Knastwiese, auf der schon Millionen Jahre ihre Kreise gedreht haben und drehen, gucken mich im 10. Knastfrühling hintereinander die gleichen Gänseblümchen an; manchmal denke ich, sie können mir zublinzeln, und wenn gerade keiner hinguckt, dann erzähl ich ihnen, daß ich schon die Ur-Ur-Großmutter dieses jungen Gänseblümchens gekannt habe. Das sind natürlich heimliche Zwiegespräche, es wäre sonst was für den „psychologischen Dienst."

Jedenfalls hilft es zu überleben, sich nicht immer nur so schrecklich leidzutun. Jaa, es wird auch hier Frühling und das ist tröstlich. Eine Stunde draußen, die auf die Minute abgezirkelte Luft genießen, ganz intensiv einatmen, die Zeit und den Schrecken ein wenig anhalten und betrügen, das ist schon Frühling. Frühling, weil das Blut ein bißchen dünnflüssiger wird, die Sonnenwiese, Kinderlachen und Frauen noch ein bißchen mehr fehlen. Frühling = Neue Schmerzen. Aber auch das ist tröstlich, denn solange Schmerzen da sind, ist LEBEN da. Und wenn man sich bei diesem Wetter dann auf die nahe Umgebung wieder konzentriert und sieht, wie manche schon so tot sind, daß sie KEIN Frühling mehr erreichen kann, dann ist man sehr froh für das was noch wehtut. Aber es ist wie

ist man sehr froh für das was noch wehtut, und bei mir im 10. Jahr noch immer wehtut. Aber es ist wie draußen: Lebendigbleiben, Freude im Widerstand finden, den Frühling als „Ermutigung" (wie Wolf das so schön gemacht hat) begreifen, das kann leider nicht jeder. Manche können es nicht mehr, andere konnten es nie. Frühling ist vielleicht etwas, was nur der empfinden kann, der auch noch traurig sein kann. Jedenfalls, großes Indianerehrenwort, Frühling gibt es durchaus auch im Knast. Manchmal ein bißchen mit laufender Nase und einer Träne im Auge und dem trotzigen „jetzt erst recht", aber: ES GIBT IHN !

Es grüßt Euch ganz frühlingssanft

Euer Micha

Unter Anfügung von
2 Beweisstücken !!!

Wenns die Zensur passiert.
Vielleicht ist ja beim Zensor
a u c h Frühling.



Michael Heise
Postfach 320
6308 Butzbach

FILM-SELBSTVERLEIH

Die Medienwerkstatt Bielefeld verleiht Filme u.a. „Schließt Euch fest zusammen" und „Trotz alledem" und eine Ton-Dia-Schau. Weitere Informationen können angefordert werden:

Kontakt: Medienwerkstatt Bielefeld, c/o Eberhard Fuchs, Görlitzer Str. 2, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/103873.

EIN NEUER SCHINDERHANNES

Einige Leute aus Schwalbach haben sich vorgenommen, eine „Alternative Zeitung aus der Subkultur" aufzubauen. Das Blatt soll alle zwei Wochen erscheinen, wenn erst einmal genug Geld da ist. Künftige Abonnenten melden sich deshalb bitte bei:

„Schinderhannes", c/o Christoph Schade, Mecklenburger Str. 16, 6231 Schalbach a.T., Telefon 06196/5485

Radio Fledermaus ist umgezogen

Die Fledermäuse des Münsteraner Senders Radio Fledermaus haben eine neue Höhle: c/o Tageszeitungsinitiative, Bremer Str. 57, 4400 Münster, Tel.: 0251/661206

UND NOCH EINE ADRESSE !

In dem Bericht über politische Videogruppen vom 2. Mai 80 haben wir nämlich nur eine angegeben. Dabei gibt es in Nürnberg noch eine Videogruppe:

ARCHIVideo, Kielingstr. 45 Hinterhaus, 85 Nürnberg, Tel. 0911/379302

STROBO-Prozeß beginnt

Die Esslinger Neckarwerke ziehen gegen Stromteilzahlungsverweigerer ins Feld. Am 22. Mai findet vor dem Stuttgarter Landgericht der erste Prozeß gegen die Studentin Gisela Hammerl statt. Sie hatte DM 14.30 auf ein Treuhandkonto überwiesen, der Streitwert beläuft sich aber auf DM 5.200 !

Die STROBO-Gruppe „Mittlerer Neckar" hat sich im Oktober 79 in Esslingen konstituiert. Inzwischen gehören ihr rund 50 Haushalte zwischen Göppingen und Ludwigsburg an.

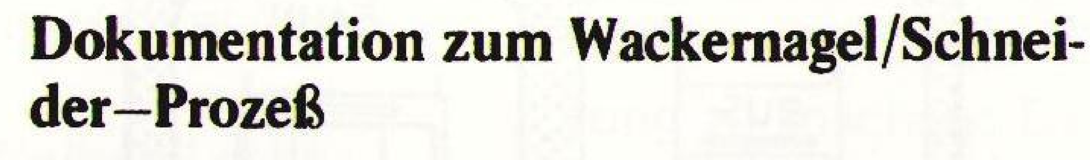
Kontakt: Michael Metzger, Gerstenweg 14, Tel. 0711/379622

BAUM-VERANSTALTUNG IN BOCHUM GESTÖRT

Bochum, 7. Mai

Auf einer Wahlkampf-Veranstaltung der FDP ergreift eine Gruppe von „Freunden der politischen Gefangenen" die Gelegenheit und die Initiative. Bevor der „KZ-BAUMeister der 80er Jahre" zu labern anfangen kann, entfalten sie ein Transparent und verlesen eine Erklärung für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und gegen die Hochsicherheitstrakte. Auf eine Diskussion, die Baum ihnen scheinheilig anbietet, lassen sie sich nicht ein, sondern gehen. „Darüber kann es keine Diskussion mit den Erbauern dieser Trakte geben."

kurze



Dokumentation zum Wackernagel/Schneider–Prozeß

Die Knastgruppe Bochum hat eine Dokumentation zum Prozeß Wackernagel/Schneider herausgebracht (Teil 1).

Preis 1,–

Zu bestellen bei
Politische Buchhandlung
im Westenfeldfeld 22
4630 Bochum

Betrag bitte in Briefmarken vorauszahlen oder auf das Konto Sparkasse Bochum Kto.Nr. 133 093 484 (A. Schwarz, „Friede den Hütten")

Spenden sind erwünscht.

Ausländer im Strafvollzug

Alle „durch Lebenspraxis und Beruf Betroffenen" lädt die Aktion Gesetzmäßiger Strafvollzug (AGST) zur Tagung:

Ausländer im Strafverfahren und Strafvollzug am 7./8. Juni ein. Man will vier Arbeitsgruppen bilden: Ausländerkriminalität, Ausländer im Strafverfahren; Haft, Ausweisung und Abschiebung. Getagt wird im Nachbarschaftsheim Mittelhof in Berlin--Zehlendorf.

Anmeldung über:

Aktion Gesetzmäßiger Strafvollzug, c/o J. Weihe, Claudiusstr. 5, 1000 Berlin 21; Auskünfte bei Eva und Jörg: 030/ 612 67 43.

HAUSBESETZER–DOKUMENTATION

In Münster fanden im Januar/Februar 80 Hausbesetzungen statt. Der ASTA der Fachhochschule in Münster schreibt:

Zu dieser Hausbesetzung haben wir eine Dokumentation geschrieben. Diese Dokumentation mit vielen, vielen Bildern und Artikeln zur Stadtentwicklung u.a. kann bei uns bestellt werden. Es wär schön, mindestens zwei Mark Solidaritätspreis pro Exemplar an uns zu überweisen. Wir können eine Menge Geld für die nun anlaufenden Prozesse (40 Personen) gebrauchen. Außerdem gibts noch Aufkleber für DM 1,50. Beides kann bestellt werden bei:

ASTA FHS Münster
Vogel von Falkenstein-Str. 4
4400 Münster
Tel.: 0251 – 441774
Konto: Stadtsparkasse Münster
BLZ 400 501 50
Konto Nr. 309 781



AUFKLEBER ZUM SELBERMACHEN

Diesen Aufkleber bekamen wir aus Oberschwaben: „Als Vorlage diente uns ein Comic von G. Şeyfried aus München. Es wäre sehr dufte, wenn Ihr den Bebber in Eurer Zeitung bekannt machen würdet und dabei zur Vervielfältigung aufrufen könntet. Dabei kann das ‚Original' vergrößert, in andere Farben gesetzt (nur nicht GRÜN!) oder auf einen Button (Meinungsknopf) gesetzt werden.
Scharlie"



INFORMATIONSDIENST VERKEHR ERSCHIENEN

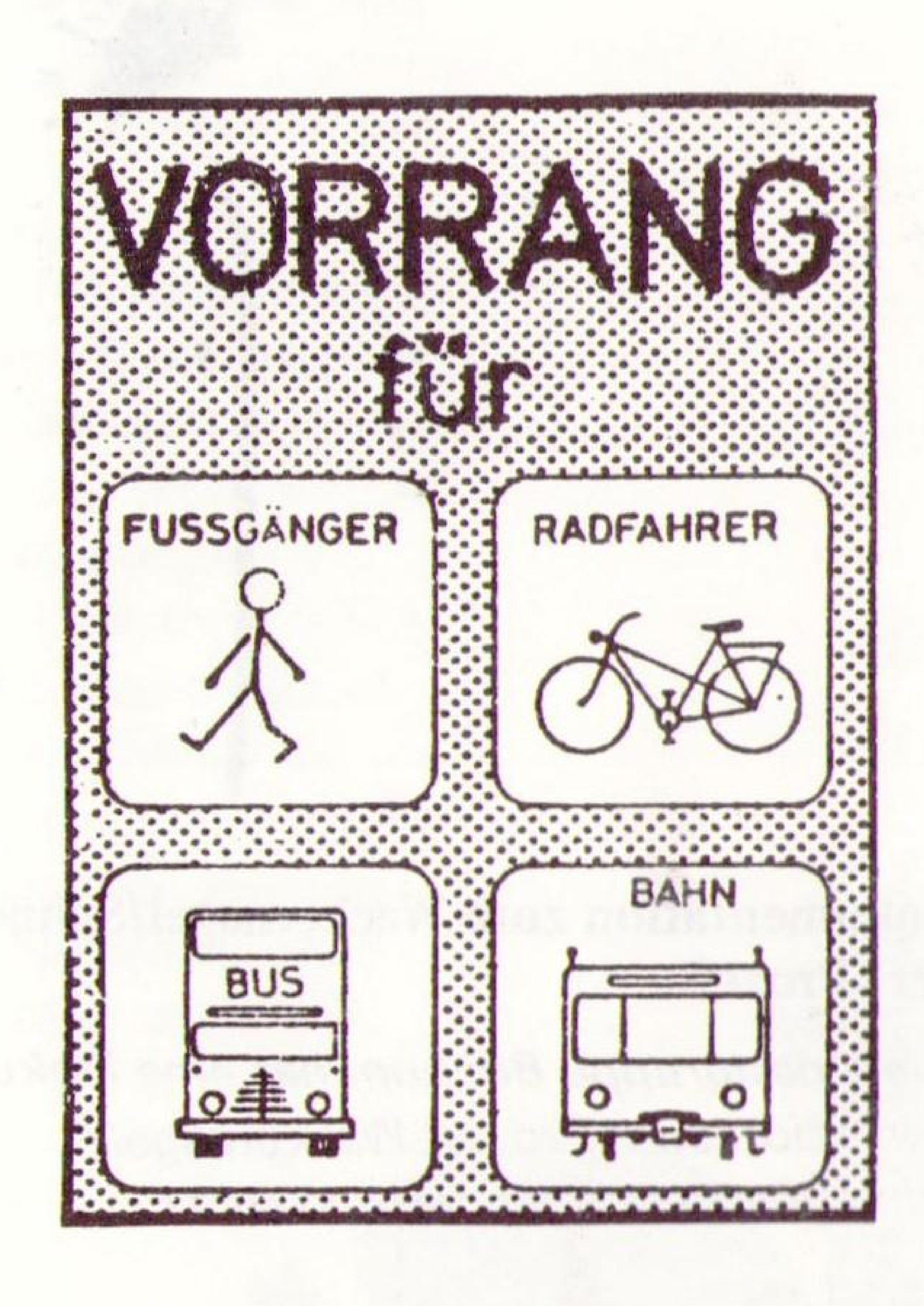
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. und die Bürgerinitiative Westtangente e.V. Berlin geben einen Informationsdienst Verkehr heraus.

Der Informationsdienst Verkehr ist ein kompaktes Informationssystem für die Bereiche: Verkehr, Stadtplanung, Landschaftsplanung und Umweltschutz.
Er besteht aus
— einem umfangreichen Rundbrief mit Hinweisen für und von Bürgerinitiativen, Terminen, Vorstellung der Arbeit der Arbeitsgruppen des AK Verkehr, Beschreibung der bundesweiten Aktionen und der Zusammenarbeit der Verkehrsinitiativen und vieles mehr,
— der kontinuierlichen Fortsetzung der Quellen— und Materialsammlung (einer Literatur- und Medienbeschreibung in Loseblatt-Ausgabe),
— der jeweils neuesten Grundinformation zu bestimmten Einzelthemen,
— Flugblätter der Verkehrsinitiativen.

Also schon wieder mal eine neue Umweltzeitung?
Nein! Der Arbeitskreis Verkehr (die Zusammenarbeit der Verkehrsinitiativen) besteht seit über 2 Jahren. Die Kontaktstelle hat die Koordination übernommen und die dort einlaufenden Informationen sollen über den Informationsdienst wieder zurück in die Gruppen fließen. Es handelt sich also um eher ein internes Informationssystem für Aktive und besonders Interessierte.

Bestellungen: 10,– DM überweisen auf das Jochen Richard Sonderkonto, 5100 Aachen, PSch A Kln 15 2 18 – 503

Kontakt: Arbeitskreis Verkehr, Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62



Zum Umgang mit Strafzetteln

Frankfurt
12. Mai

Lieber Richard,
zu deinem Artikel aus dem letzten ID (Nr. 333): du bist inkonsequent: wenn du es für eine noch falsche heuchlerische Parole hältst, „nicht mehr Auto zu fahren", „nicht mehr den Führerschein zu machen", warum bist du dann gegen Tips, wie man staatlichen oder sonstigen Stellen möglichst wenig Geld in den Rachen wirft?

Deshalb hier noch ein Tip zum Geldsparen, diesmal beim Umgang mit Strafzetteln:

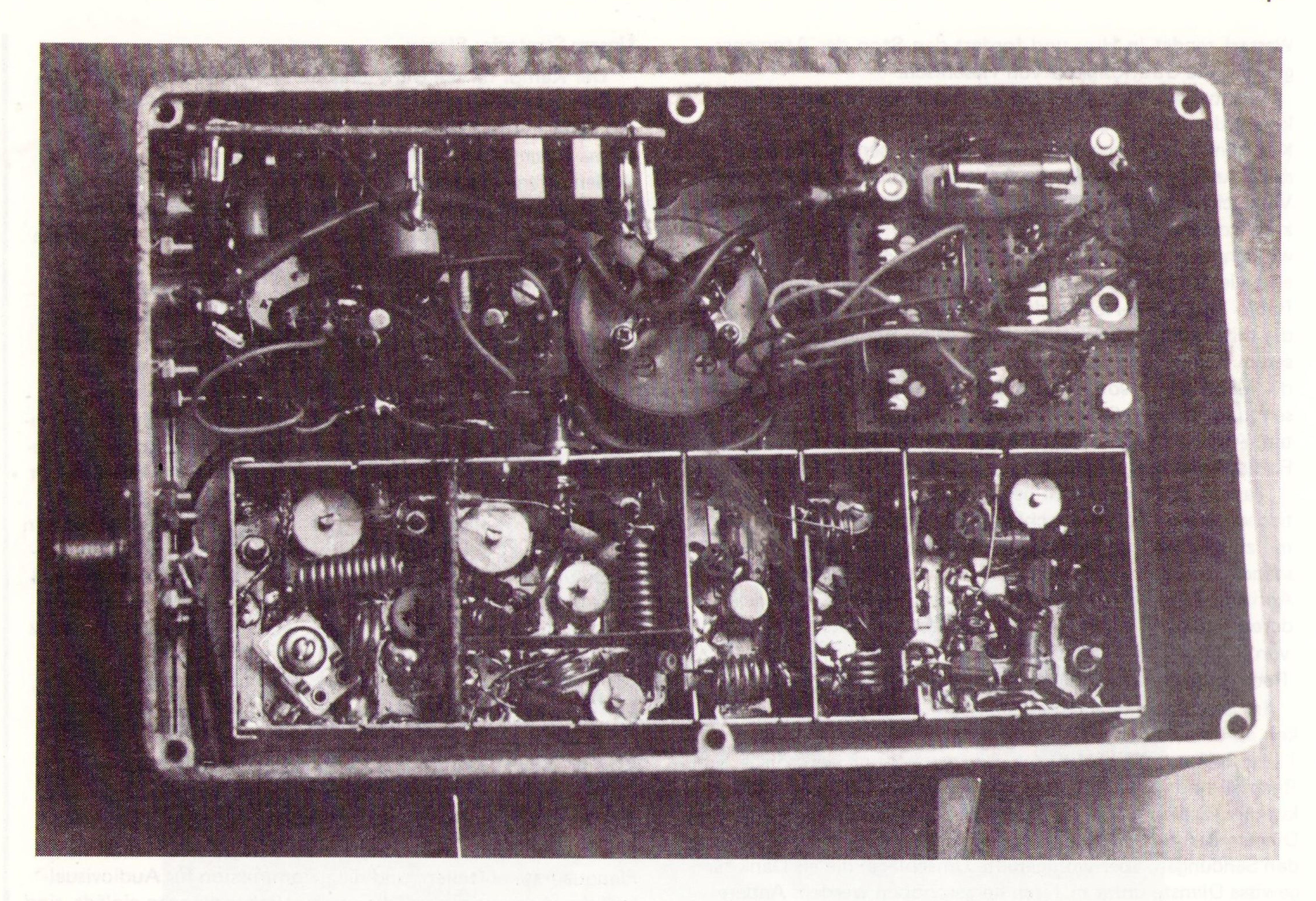
Als allererstes gilt: Strafzettel sind solange nicht angekommen bzw. als nicht angekommen zu behandeln, als sie nicht per Einschreiben, mit Postzustellungsurkunde o.ä. ankommen. Vorher: ab in den Papierkorb damit!
Ist der Strafzettel dann „offiziell" angekommen, solltest du dagegen Einspruch einlegen. (Wichtig: innerhalb von 7 Tagen — steht aber genau hinten auf dem Strafzettel drauf!) Es gibt eine gute Methode zur Begründung dieses Einspruchs; und zwar sähe das ganze dann folgendermaßen aus:

„Hiermit lege ich gegen den Bußgeldbescheid vom.........
Einspruch
ein.

Begründung:
Ich mache von meinem Recht Gebrauch, als Beschuldigter die Aussage zu verweigern. Ich weise darauf hin, daß aus meiner Eigenschaft als Halter des Kfz noch nicht die Führereigenschaft gefolgert werden kann.
Unterschrift

Und du bleibst bei diesen zwei Sätzen, auch wenn es später zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Mehr nicht. Freispruch erfolgt.

Ulrike/ID



WENNST WIRBST, STIRBST!
Freie Radios in Belgien

Brüssel, Herbst 79

Der folgende aus dem französischen übersetzte Bericht erschien in der belgischen Zeitschrift „videodoc", die mit Unterstützung des Kultusministeriums für den französisch sprechenden Teil Belgiens herausgegeben wird. Der Kultusminister findet Freie Radios interessant, während der Post- und der Innenminister auf der Illegalität herumreiten. Im flämischen Teil Belgiens sind sich die entsprechenden drei zuständigen Minister leider noch über die Ungesetzlichkeit einig, weshalb sich dort etwas weniger tut im freien Äther:

Wir haben recht, zu revoltieren

Prag 1968: mehrere freie Radios erblicken das Licht und senden während der Erhebung des tschechischen Volkes gegen die sowjetische Invasion.

Portugal, April 1975: Die „Revolution der Nelken" geht los mit einem Lied, das Jose Alfonso über ein unabhängiges, kommerzielles Radio in den Äther schickt. Es ist das Zeichen zum Aufstand.

Wir haben recht, zu revoltieren. Wenn der Staat uns eine so grundlegende Freiheit, wie die, mit den technischen Mitteln unserer Epoche zu kommunizieren, stiehlt, dann haben wir das Recht, gegen diese Willkür zu revoltieren. Wir haben Recht, das Gesetz zu verletzen, wenn es ungerecht ist und diese Verletzung uns bisher nie genutzte Freiheitsräume weit öffnet. Seit der ersten Sendung von Radio Eau Noire (Radio Schwarzes Wasser gegen den Bau eines Staudamms) in Couvin habe ich aktiv am Kampf für die Befreiung der Wellen und des Wortes in Belgien teilgenommen.

Videodoc stellt mir hier einige Seiten zur Verfügung.

Was folgt, ist überhaupt nicht objektiv, sondern es sind die Empfindungen eines aktiven Anarchisten, der mit anderen die Freude teilt, das Rederecht zu gewinnen. Ihr werdet hier keinen in sich geschlossenen Text lesen, der bestrebt ist, eine Wahrheit überkommen zu lassen. Die existiert nicht, oder, besser, entsteht dauernd, in ständiger Veränderung. Ich werde versuchen, ein paar Punkte anzusprechen, die mir am Herzen liegen. Die vorgestellten Radios sind weder die einzigen noch die besten, die es geben mag, aber sie scheinen eine Richtung zu verfolgen, die mir liegt.

Von Gestern bis heute
Wie wir das Wort ergriffen haben

Erster Auslöser: Nach mehreren Jahren des Schweigens im Äther betreiben die Studenten der Universität Brüssel als Ausdruck ihres Kampfes einige Tage lang ein Freies Radio, das behelfsmässig zusammengebastelt ist. Das wird den Rückgang der Bewegung nicht überleben.

Wir müssen bis 1974 warten, um eine ganz andere Erfahrung zu machen: Da sind die "Technikfreaks", die unheimlich heimlich Musik senden; ohne grossen Wirbel, sind es vor allem Radios für Eingeweihte. Radio 104, Radio Capitale, Radio Relax werden geboren.

Im März 1978 erobert die Radiobewegung die Titelseite der Tageszeitungen. Anlässlich einer internationalen Konferenz der Freien Radios , ALFREDO, die von ALO France (Association pour la liberation des ondes) und der italienischen FRED (Federatione Radio emittenti democatiche) organisiert wird, treffen sich eine kleine Gruppe von Libertären, die einen "hausgemachten" Sender haben, und eine Delegation des Komittes gegen den Staudammbau in Couvin. Es braucht nur ein paar Tage, dann weht die erste Sendung ein streitbares Lüftchen in die Radios der Region. Die Lokalzeitungen schätzen zu dieser Zeit unsere Zuhörerschaft auf 15.000. Dieser Erfahrung mit einem Radio für die politische Intervention folgen weitere. Radio Eau Noire (Schwarzes

Wasser) sendet in Huy und fordert den Stop der Atomenergie und die Straflosigkeit von Haschisch.

Radio Tam Tam, über den Dächern von Brüssel, entgeht knapp der Polizei, als es ein Interview mit der Brüsseler Koordinationsgruppe gegen Atomenergie sendet. Radio Irradie Andenne (Strahlendes Andenne) spielt mit der Polizei Verstecken, um die Bevölkerung der Gegend für ein "Nein" zur Atomenergie beim Referendum am 1.Oktober 78 zu gewinnen. Das Ende der Sommerferien im selben Jahr sieht eine vierte Welle von Radios anbranden. Da ist zuerst mal Radio Louvain-la-Neuve, das durch die grosse Zahl der Leute, die mitarbeiten, überrascht, durch seine Fähigkeit, aus unserem Kampf eine nationale Angelegenheit zu machen, durch die Mobilisation von 1000 Studenten während einer Abendsendung, um den Sender vor den Zugriff der Polizei zu retten. Andere Radios folgen: Radio Plus beginnt in Bruxelles, Radio Ardennes, Radio 081, ...

Januar 79 ist ein wichtiges Datum. Die "Radios zur politischen Intervention" beschliessen, regelmässigere Programme zu machen, am hellen Tag zu senden, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Das ist die Geburtsstunde von Radio Activites (Radioaktivitäten) in Brüssel, Im Verein mit anderen Radios d'expression (1) arbeitet es heute im Rahmen von Radio Alternatives (einem Zusammenschluß mehrerer Radiogruppen um einen Sender).

Im September '79 ziehen sich zum ersten Mal dunkle Wolken an unserem Himmel zusammen: Radio Six Vallees (Sechs Täler) beginnt zu senden, mit Rückendeckung der politischen Rechten und Unterstützung durch Publizisten und Staatsrechtskundler. Das ist der erste Versuch, ein „populäres" Radio im Dienste der herrschenden Kräfte zu machen. Keine Werbung in den Sendungen, aber wohlgefüllte Umschläge, die als Dank für gewisse Dienste unter'm Tisch hergeschoben werden. Andere Radios hatten schon versucht, diese Richtung einzuschlagen, aber der starke Bezug zum Kreis der ALO hatte sie davon abgehalten.

L'Association Pour La Liberation des Ondes (ALO)
Die Wellen-Befreiungs-Vereinigung

1978 gründen einige verrückte Idealisten eine kleine Gruppe, die nicht senden will, aber mit allen gesetzlichen Mitteln (Presse, Recht, politischen Druck) jene unterstützen will, die sich in der Illegalität, vor Ort abrackern. Die wirkliche Geburtsstunde der ALO als Zusammenschluß der Freien Radios geht auf Januar '79 zurück, die erste nationale Versammlung der Freien Radios. Von Anfang an treten verschiedene Richtungen auf und wir kommen um Haaresbreite an einer Spaltung vorbei. Nur dank des „Rechts auf Unterschiedlichkeit" kommt der Zusammenschluß zu Stande. Alles, was wir tun, hat seinen speziellen Charakter: Machen wir unsere Augen und Ohren weit auf, respektieren wir das Denken der anderen ohne von unseren Überzeugungen aufgeben zu müssen.

Wir hatten ein gemeinsames Ziel: Das Monopol zerstören und das Senderecht erobern. Die „wahre Linie" zu verfechten, aber gleichzeitig im Ghetto eingeschlossen zu sein, hätte nichts gebracht. Um zu gewinnen mußten wir uns einigen. Unter diesem Aspekt wurde die Charta der ALO beschlossen.
Die staatliche Repression brachte unseren Zusammenhalt auf eine handfeste Ebene, als die Sender in Namur und Charleroi beschlagnahmt wurden. Alle gemeinsam mit all unserer Unterschiedlichkeit konnten wir uns schlagkräftig dagegen wehren (einen Sender ausleihen / Solidaritätsaufrufe), sodaß aus der Attacke gegen uns eine riesige Informations- und Unterstützungskampagne wurde. Seitdem bekommt die ALO Post im Überfluß, in der nach Informationen für den Aufbau neuer Radios gefragt wird, neue Erfahrungen mitgeteilt werden, Material für Informationsveranstaltungen und Schulvorträge angefordert wird...
Die ALO trifft sich jeden Samstag von 10.30 morgens an in ihren Räumen Rue de la cible 82 in 1030 Brüssel. (?) Da trefft ihr den aktiven Kern der Gruppe.

Unsere Strategie: Siegen

Der Kampf für die Befreiung der Wellen ist lehrreich für alle Auseinandersetzungen, die im Moment gegen den Staat laufen. Als aktiver Anarchist kann ich nicht vergessen, daß in einem Klima allgemeinen Rückzugs der Kampf für die Befreiung der Wellen offensiv, Kampf für eine Sache ist.
Für eine brachliegende Freiheit, für die Befreiung des Wortes, für die Entfaltung von Ausdrucksmöglichkeiten des Volkes, die von den Medien ausgeschlossen werden.
Von Anfang an wollten wir gewinnen. Um dahin zu kommen, haben wir folgende Strategie angewandt: Eine Freiheit fordert mensch nicht, mensch demonstriert nicht, um sie zu erhalten, mensch wendet sie an und verteidigt sie. Das erste was es zu tun gab, war senden, und das haben wir gemacht, heimlich. Und trotz der Polizei, die uns jagte, ist uns zu der Zeit kein Sender weggenommen worden. Erster Sieg. Als der klar und die Bewegung breiter geworden war, mußten wir aus der Heimlichkeit raus, um das Recht für alle zugänglich zu machen. Der Gegenschlag auf die Angriffe des Staatsapparats war unser Auftauchen aus der Konspiration, die Bekanntgabe unserer Adresse und Telefonnummer. Das ist unser zweiter Sieg. Alle, die das Monopol zerstören und verschiedene Ansichten aus eurem Transistor rauskommen lassen wollen, zu vereinen und das dank und trotz unserer Verschiedenheit, das ist unser dritter Sieg.
Kurz gesagt, ein einfaches Rezept; Ein Freiheitsrecht nicht erbetteln, sondern in Anspruch nehmen und mit Zähnen und Klauen verteidigen; alle, die siegen wollen, vereinigen unter Berücksichtigung ihrer speziellen Eigenarten.
Aber dann geht das Spiel erst richtig los.

Die Strategie der Herrschenden: Rückeroberung

Die Peilwagen, die im Oktober '78 die Region von Andenne in Planquadrate aufteilen, und die „Kommission für Audiovisuelles" des Kultusministers, die uns zu Verhandlungen einlädt, sind nur die beiden Seiten der selben Medaille.
Zuckerbrot und Peitsche, alles ist recht, wenn der Staat die Kontrolle über die verliert, die der Freiheit neuen Raum schaffen wollen.
Im Anfang ist die Bewegung schwach. Die höheren Sphären unserer demokratischen Pyramide meinen , die paar Idioten, die senden wollen, platt machen zu können.
Keine leichte Sache, die Peilgeräte sind alt (sie kaufen neue für mehrere Millionen) und ihre Erfahrungen mit Unterdrückung durch Peilen sind vergessen seit der deutschen Besatzung. Die libertären Radiomacher und andere schlüpfen durch die Maschen des Netzes und finden sich schnell mit weiteren zusammen, die sich weigern, auf den Autobahnen der Angepaßtheit zu marschieren, um die Piste des Abenteuers zu wählen.
Den Herrschaften wird klar, daß es nicht mehr darum geht, mit einem dutzend Berufsagitatoren kurzen Prozeß zu machen, sondern daß hunderte von friedlichen Staatsbürgern auch an dem Spiel gefallen gefunden haben. Also benutzen sie Zuckerbrot. Ihre Ziele: Unser Vordringen zu bremsen, indem sie uns in den Gängen der Ministerien lahmlegen, indem sie uns mit Unter-Unter-Untervollmachten ausstatten, indem sie uns einen Knochen zu knabbern geben, nämlich ein Gesetz, das die Genehmigung von einem Dutzend Sender für das gesamte Territorium vorsieht. (Danke, meine Herren, wir sind im Moment an die 60), wobei eine Sendeleistung von ... 2 Watt zwischen 100 und 104 Mghz zugestanden wird (das ist das Ghetto, das sie gerne hätten). Es gibt Leute, die scheuen vor keiner Albernheit zurück.
Im Gegensatz zu Frankreich, wo eine klare liberale Rechte gewissenhaft Unterdrückung praktiziert (Beschlagnahmen, Geld-

(1) Radio intervention, punktuelles de lutte, damit sind Radios gemeint, die einzelne Konflikte aufgreifen und erstmal nur dazu eine Sendung machen, im Gegensatz zu Radios d' annimation, die Musik und Unterhaltung senden, z.B. auch Discoradios. Radios d' expression wollen dem "Ausdruck" der Hörer zur Verfügung stehen. Stadtteilradios zum Beispiel. Das ist eine Einteilung, wie sie von den Leuten bei ALO-B gemacht wird.



strafen, Gefängnis, Störsender), ist Belgien ein fortgeschrittenes sozialdemokratisches Land, wo die Tiere, die aus der Herde ausbrechen, nicht geschlagen werden: Sie werden in eine wohl abgesonderte Koppel gebracht, damit sie nicht die gesunden Elemente anstecken. Das geht soweit, daß den Freien Radios Anteile an einem Superlokalprogramm von RTBF (Radio Diffusion Television Belgique?) angeboten werden, von Subventionen die Rede ist, ohne daß darüber geredet wird.
Das hat bis jetzt nicht geklappt und alle Radios der ALO haben sich gegen die ministeriellen Vorschläge ausgesprochen (2 Watt, 12 Radios, 100 bis 104 Mghz). Sie trauen nur den eigenen Fähigkeiten zu, die richtigen Voraussetzungen für ihre Existenz zu schaffen.

Nein zur Werbung

Anders, als mensch erwarten könnte, waren die leidenschaftlichsten Gegner der Geburt der ersten Freien Radios die aktiven Linken und Linksaußen. Ihre argumentative Keule zu der Zeit war:,,Ihr seid dabei, den Geschäftsleuten und der Werbung den Weg in den Äther zu ebnen."
Von der ersten Stunde an haben wir versichert, daß wir leidenschaftliche Gegner der Werbung sind. Wir dachten, daß es die Möglichkeit gibt, Radio zu machen, ohne auf den kommerziellen Gebrauch zurückzugreifen: Zwei Jahre Praxis beweisen, daß wir Recht hatten. Die Feste von Louvain-la-Neuve, die Aufkleber von Radio Plus, die Mitgliedsbeiträge von Radio Alternatives zeigen, daß eine Finanzierung möglich ist, ohne sich mit kommerziellen Firmen zu prostituieren oder Filiale einer Partei zu werden. Wir sind gegen Werbung aus mehreren Gründen: Ideologischen (,,Die Werbung hält uns für Trottel, die Werbung macht uns zu Trotteln", sagte zu recht Charlie Hebdo - französische, satirische Wochenzeitung) und praktischen: die italienische FRED ist unter anderem durch das Problem der Werbung gesprengt worden. Die Werbung ist der Keim der Spaltung und des Wettbewerbs, der die Einigkeit der Radios zerbrechen würde.
Sie würde die meistgehörten bevorzugen (z.B. 10.000 F. die Werbeminute zum Nachteil der anderen, die oft Sprachrohr einer vom Staat an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppe sind: 10 F. die Werbeminute). Die Werbemenschen sind bereit, in den kleinsten Spalt, den wir offenlassen, einzudringen. Darum hoffe ich, setzen alle in der ALO zusammengefaßten Radios genausoviel Mut und Fantasie in ihren Kampf gegen die Geschäftsleute, wie bei ihrem Kampf gegen den Staat um das Senderecht.
Unser Kampf gegen die Werbung in den Freien Radios muß mit dem der Arbeiter bei RTBF (Radio Television Belgique Francophon) zusammengehen, die auch die Dealer davon abhalten wollen, Sendeminuten im nationalen Rundfunk zu kaufen.
Unser Kampf richtet sich nicht gegen diese Arbeiter; wir müssen ein gemeinsamens Vorgehen verwirklichen, wenn wir den Kampf gegen die Umweltverschmutzung durch Werbung gewinnen wollen.
Um zusammenzufassen – und das ist in der Charta von ALO-B beschlossen worden – wir werden denen, die nur Geld machen wollen, nicht als Steigbügelhalter dienen. Das Freie Radio ist eine Möglichkeit, zu Wort zu kommen, nicht eine Möglichkeit zu Geld zu kommen.

Die Ausdehnung auf Europa

Seit dem 29./30. September '79 haben sich die Freien Radios von sechs Ländern zu einer Europäischen Union der Freien Radios zusammengefundne. Auf Initiative von Radio SOS Emploi (SOS Arbeitsplatz), das von der Sektion Longwy der CFDT betrieben wird, haben sich 63 Freie Radios zusammengetan, um auf Europaebene das Recht auf freie Meinungsäußerung durch Radios zu erlangen.
Wenn ihr die Texte, die in Longwy für gut befunden wurden, und das Bulletin des europäischen Zusammenschlusses haben wollt, schreibt an das Bureau de L'Union Europeenne des Radios Libres, 82, rue de la Cible in 1030 Brüssel.

Erklärung der Technik-Kommission von ALO-B

Seit mehreren Monaten stehen wir mit dem Kultusministerium in Kontakt, um einen Vorentwurf eines Gesetzes zur Legalisierung freier Radios zu diskutieren. Auf jeden Fall machen wir uns nicht allzuviel Illusionen. Einige wichtige Daten:

– 8. Mai 79: Beschlagnahme von zwei Sendern in Charleroi und Namur. Starke Reaktionen von ALO-B, die von den Medien aufgegriffen wird.
– 9. Mai 79: Als Antwort auf die Beschlagnahmen machen mehrere Freie Radios eine Sondersendung von der Uni Brüssel aus. Die RTBF ist im Studio und ein Ausschnitt wird in den Nachrichten um 19.30 gebracht. Der Postminister ist ebenfalls zugegen um Fragen zu beantworten und seine Ansichten darzulegen.
– 18. Mai 79: Im Ministerrat wird für ein Prinzip der Freigabe der Wellen, also das Ende des Monopols der RTBF/BRT gestimmt.
– Ende Juni: Die Freien Radios, die von den Räumen der Juristen an der Uni Brüssel aus sendeten (Radio Activite, Radio Brol, Radio Plus) verlassen den privilegierten Campus und beschließen, aus eigenen Räumen zu senden. Radio Activite eröffnet ein Cafe (das Megahertz) – Cafe der Freien Radios – mit einem Studio in der ersten Etage.

Im Rahmen der ALO trafen sich die Leute, die mit den technischen Problemen am besten vertraut waren, und erstellten ein technisches Gegengutachten.
Wir kennen inzwischen die Grundzüge des Gesetzentwurfs. Für die Freien Radios ist er katastrophal: Freigabe von vier Frequenzen (zwischen 100 und 104 Mghz), Sendeleistung 2 Watt (die meisten Sender arbeiten mit 25 Watt, und das ist noch zu wenig), die Möglichkeit, 12 Sender auf dem gesamten belgischen Territorium zu errichten, gemeinsame Nutzung der Frequenzen (also ein Stundenplan), Formalitäten und Genehmigungen für eine Sendeerlaubnis. Wir sind noch weit entfernt von einer Befreiung der Wellen und des Wortes und der allgemeinen Verfügbarkeit über ein Medium, das über den Häuserblock hinausreicht.
Das technische Gegengutachten der ALO hatte eine sehr sorgfältige Untersuchung in technischer und praktischer Hinsicht zum Gegenstand:
1. Vorausgesetzt, daß die Freien Radios eine Möglichkeit sind, Lokales zur Sprache zu bringen, haben wir einen Wirkungskreis von 8 Kilometern um die Sendeantenne festgesetzt, mit einer Empfangsqualität entsprechend Kanal 21, der Brüsseler Regionalsendung von RTBF.
2. Darüber hinaus haben wir wichtige Parameter festgehalten, die die von den Untersuchungen der technischen Kommission übersehen wurden und auch im Gesetzentwurf des Kultusministers nicht berührt werden
– die Höhe der Sendeantenne
– die Höhe der Empfangsantenne
– das Bodenrelief.
3. Wenn unsere Gegenvorschläge unberücksichtigt bleiben, befänden sich die Freien Radios in einer Situation, in der sie nur für ein paar Hörer senden würden (mehr oder weniger als 1 km Radius), was wir unzulässig finden. Wir fordern eine wirkliche Befreiung der Wellen und die Verfügbarkeit ausreichender technischer Mittel.
4. Wenn die ministeriellen Vorschläge angenommen werden sollten, wird der Staat einen Anschein von Liberalität erwecken. Tatsächlich wird er die Freien Radios zerstören, indem er sie völlig wirkungslos macht.
5. Die Technik-Kommission der ALO-B hat ihren ersten Technik-Bericht aufgestellt und ist bereit, der Staatsmacht ihre Ansichten vorzutragen.

Dieser Artikel für videodoc wurde zusammengestellt von Barbar, der auch bei Radio Alternatives mitarbeitet. Radio Alter-

natives ist der Zusammenschluß von 22 Radios, die in Brüssel in der Rue de la Cible 82 gemeinsam und abwechselnd einen Sender betreiben.
Ein Konzept jenseits von Kommerz und Berieselung und eins das nicht vor lauter Konspiration steif und geheim macht. Wie kann es gehen, daß sich die Hörer die Sender holen. Also eine praktische Medienkritik.

Diesen Artikel haben wir übersetzt für ein Buch über "alternatives Radio", das wohl im Herbst fertig sein wird. Dafür suchen wir noch Material und Gespräche, vor allen Dingen solche, die mithelfen, ein Konzept für die BRD zu entwikkeln.
Kontakt: ID

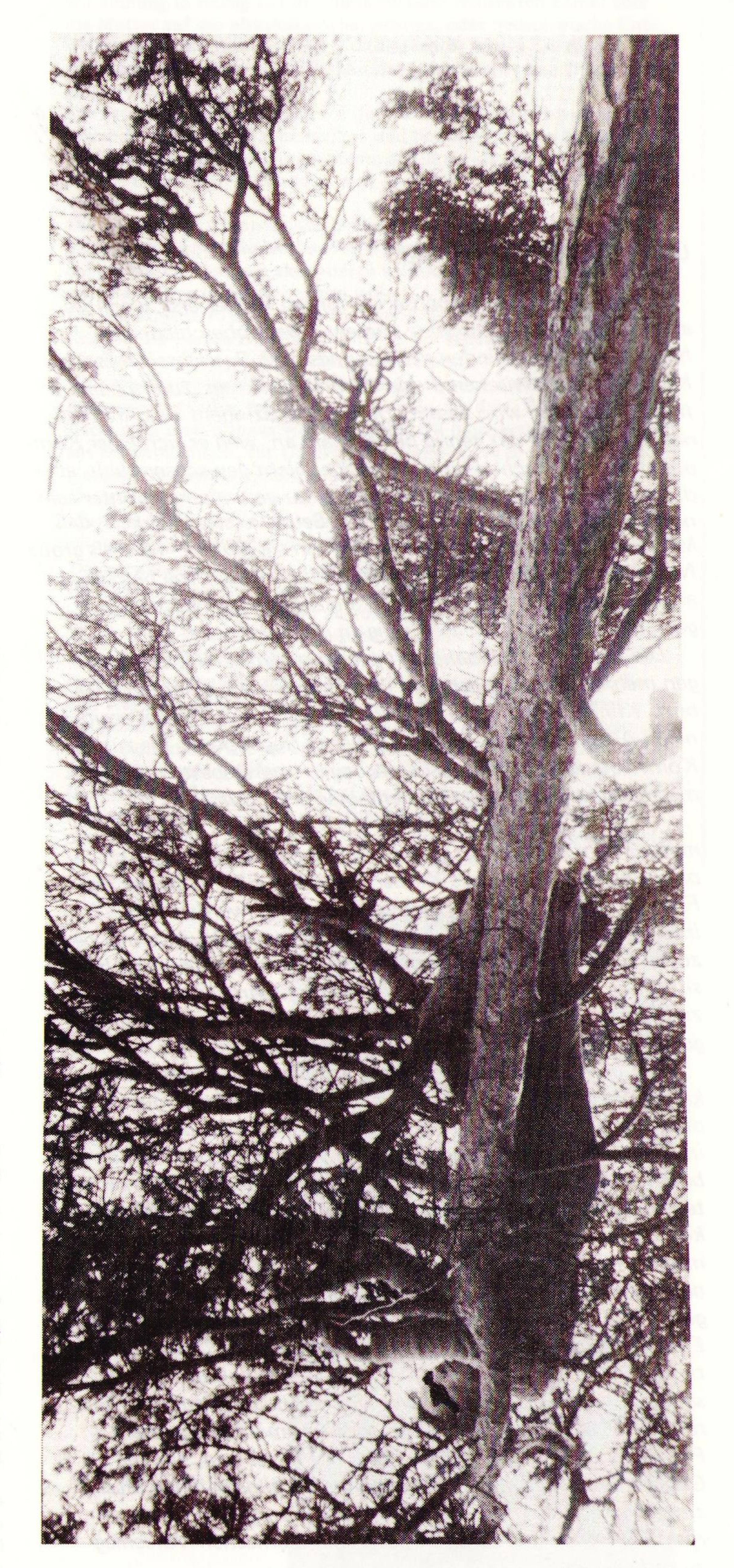
Etwas gekürzt, die Ziele von ALO-B, einer Organisation der freien Radios in Belgien

Der Association pour la liberation des ondes (Verein zur Befreiung der Wellen) können alle Radios angehören, die sich zu den momentanen Bedingungen bekennen und die Ideen der Organisation verteidigen.

Die grundlegenden Prinzipien des Vereins sind

+ der Kampf um maximalen Freiraum und maximale Sicherheit der Selbstdarstellung und Kommunikation der Bürger durch das Medium des freien Radios führen
+ nachzudenken über die Praktiken der freien Medien in dieser Gesellschaft.
+ versuchen durch freie Radios einen kulturellen und sozialen Fortschritt zu bewirken und Bildungsarbeit zu leisten.
+ eine Form von freiem Radio zu entwickeln in der die Masse der aktiven Hörer so in den Ablauf eingreifen kann, daß die Vielfalt der Konzerte und Realisierungen möglich bleibt.
+ den Hörern eine ständige Kontrolle des Senders zu ermöglichen, indem der freie Zugang zum Radio garantiert wird.
+ den Aktionsbereich des Radios auf lokale Ereignisse zu beschränken, damit Informanten, Hörer und Sender in engem Kontakt bleiben.
+ keine kommerziellen Interessen, welcher Art auch immer, zu verfolgen und sich nicht unter die direkte oder indirekte Einflußnahme durch Handel, Wirtschaft oder Werbung zu begehen.
+ sich nicht – auf welche Art auch immer – einer Partei, Gewerkschaft oder anderen Interessenverbänden unterzuordnen.
+ sich in der ALO-B zu organisieren um sich über den Ablauf und die Konzeption der Radios auseinander zu setzen.

Kontakt: ALO-B, 82 Rue de la Cible, 1030 Bruxelles, Tel. 02/ 736 2776.



INDUSTRIEGEWERKSCHAFT SCHWANGERSCHAFT UND GEBURT?

Mütter sollen keine Schafe mehr sein: ein Vorschlag aus den USA

USA / Frankfurt, 8. Mai 1980

In manchen Krankenhäusern erfahren Mütter erst, wenn sie an der monströsen Maschine namens "Wehenbeschleuniger" hängen, daß aus Gründen des reibungslosen Betriebsablaufs ihr Kind gefälligst zwischen 8 und 13 Uhr, werktags, zu erscheinen habe. Türkinnen wird gesagt: Du Rock ausziehen! Der Arzt ordnet Kaiserschnitt oft genug nur deshalb an, weil er sich einer Komplikation, meist schon einer Steißlage, nicht gewachsen fühlt, aber die Mutter an erfahrene Geburtshelfer zu verweisen, ist unter seiner Würde. Rooming-In – das ist die Selbstverständlichkeit, daß Mütter ihre Kinder stillen können, wann sie wollen - wird als große Neuerung zwar versprochen, doch erfährt die auf solche Weise angelockte Mutter am Ende, daß die Zimmergenossinnen sich gestört fühlen, und mit Rooming-In ist's leider aus.

Die Liste läßt sich beliebig verlängern. Im ID hat es deswegen mehrere Beiträge gegeben über Hausgeburt, ambulante Geburt, Klinikgeburt (Nr. 304, 315 und 330). Auch in der regionalen Alternativpresse, vom Huglfinger Regenbogen bis zur Kölner Stadtrevue, gibt es Erfahrungen und Debatten, die sich meistens um Hausgeburt und ambulante GEburt

meistens um Hausgeburt und ambulante Geburt in der Arztpraxis drehen. Aber viele Kinder, auch von Eltern aus der Fra Frauen-, linken, und alternativen Bewegung, werden "noch" im Krankenhaus geboren, und auf die gesamte Bevölkerung bezogen sind's bestimmt über neunzig Prozent. Und Klinik-Eltern sind weder "schlechtere" Eltern noch sind ihre Kinder allemal zu bedauern ., sondern sie haben ihre guten Gründe – wie diskussionsbedürftig auch immer.

Sich in der Klinik zu wehren, gegen den routinierten Krankenhausbetrieb, gegen die magisch-autoritären Ärzte, gegen die geballte Macht von medizinischem Wissen, ist schwer und in der freude-angst-spannungsbesetzten Situation vor der Geburt fast unmöglich. Aus den USA, wo es schon seit Jahrzehnten so etwas wie eine "Vereinigung für bewußte Geburt" gibt, kommt jetzt der Vorschlag, der uns zunächst ein bißchen komisch anmutet: Rechte und Pflichten des Krankenhauspersonals, hauptsächlich der Ärzte, und der Schwangeren festzulegen. Ein Tarifvertrag von der IG Schwangerschaft und Geburt? Eine Magna Charta der Mütter und Embryos (zu Unrecht "Patienten" genannt, denn krank sind sie ja erstmal nicht) als Insassen der geschlossenen Anstalt Krankenhaus? Egal: den überrumpelten Müttern und Kindern, den ohnmächtig-zornigen Freundinnen und Vätern kann alles nur recht sein, was die Geburt, und sei es nur ein Stück weit, der allgewaltigen Medizin entreißt. Frauen, die Geburtsvorbereitung und -beratung machen, setzen sich dafür ein, den amerikanischen Vorschlag zu diskutieren.

Richard / ID

RECHTE UND PFLICHTEN DER SCHWANGEREN PATIENTIN

Die International Childbirth Education Association (ICEA), 1957 in USA gegründet, ist eine interdisziplinäre Organisation auf freiwilliger Basis, in der Gruppen und Einzelpersonen mit einem echten Interesse an familienorientierter Geburtsvorbereitung, Entbindung und Wochenbettpflege vertreten sind.

Die ICEA will schwangere Frauen und werdende Eltern über ihre Rechte und Pflichten aufklären. Die meisten Schwangeren kennen ihre Rechte nicht und wissen auch nicht, daß Geburtshelfer bei Eingriffen um Einwilligung bitten müssen, nachdem sie ihre Patientin informiert haben. Die amerikanische Akademie für Geburtshilfe und Gynäkologie (ACOG) ist sehr bemüht, das Recht der schwangeren Patientin auf 'informierte Einwilligung' zu sichern und hat dieses in ihren Richtlinien (Seite 66 und 67) dargelegt:

"Informierte Einwilligung"

"Es ist wichtig, eine klare Unterscheidung zu machen zwischen 'Einwilligung' und 'informierter Einwilligung'. Weil sie den Unterschied nicht kennen, glauben viele Ärzte, sie seien ihrer Verantwortung enthoben, wenn die Patientin einer Behandlung zustimmt. Das stimmt nicht. Wenn die Patientin vor einer Behandlung nicht informiert wurde, bleibt die Verantwortung des Arztes bestehen, wenn die Zustimmung nicht auf vollständiger vorheriger Information basierte. Ebenso enthebt die übliche Einwilligungserklräung bei der Krankenhausaufnahme den Arzt keinesfalls von seiner rechtlichen Verpflichtung, die 'informierte Einwilligung' bei seiner Patientin einzuholen.

Die meisten Gerichte betrachten die Patientin als 'informiert', wenn ihr folgende Informationen vermittelt wurden:

– Die Art der vom Arzt beabsichtigten Behandlung einschließlich der Information, ob die Behandlung neu oder ungewöhnlich ist.
– Die Risiken und Gefahren der Behandlung
– Die Chancen der Genesung nach der Behandlung
– Die Notwendigkeit für die Behandlung
– Die Möglichkeit alternativer Behandlungsmethoden

Die Gerichte stimmen darin überein, daß Erklärungen so gegeben werden müssen, daß die Patientin sie auch versteht. Ein Arzt kann nicht als Verteidigung für sich in Anspruch nehmen einen Vorgang erklärt zu haben, wenn er weiß, daß die Patientin seine Ausführungen nicht verstanden hat. Der Arzt hat die Pflicht sich den Umständen entsprechend in der gebotenen Sorgfalt zu verhalten, das bedeutet, sicherzustellen, daß die Patientin versteht, was er ihr erklärt.

Es muß betont werden, daß folgende Gründe die Informationspflicht nicht aufheben:

1. Daß die Patientin es vorzieht, mögliche unangenehme Folgen der Behandlung lieber nicht zu erfahren.
2. Daß eine Patientin mit guter Einbildungskraft bei vollständiger Information sich solche Gefahren vorstellen kann, daß sie die Behandlung ablehnt.
3. Daß die Patientin, wenn sie von den mit der Behandlung verbundenen Risiken erfährt, die Behandlung nach reiflicher Überlegung ablehnen kann. Das Recht auf Ablehnung einer vorgeschlagenen Behandlung ist das durch den Grundsatz der informierten Einwilligung zu schützende Grundrecht".

Im Folgenden werden die von der ICEA zusammengestellten Rechte und Pflichten der schwangeren Patientin aufgeführt.

"Wohlmeinende Ärzte"

Amerikanische Eltern werden sich zunehmend dessen bewußt, daß wohlmeinende Ärzte ihre alltäglichen geburtshilflichen Praktiken nicht immer wissenschaftlich erklären und belegen können und daß viele dieser Praktiken hauptsächlich deswegen ausgeführt werden, weil sie Teil der medizinischen oder Krankenhaustradition sind. In den letzten 40 Jahren sind viele unnatürliche Geburtspraktiken eingeführt worden, die ein physiologisches Ereignis in einen komplizierten medizinischen Vorgang verwandelt haben. Dabei werden alle möglichen Medikamente verwendet und Eingriffe vorgenommen, die oft unnötig sind und mitunter für das Kind und sogar die Mutter schädlich sind. Beunruhigenderweise haben mehr und mehr Untersuchungen klar gemacht, daß jeder Aspekt der modernen Geburtshilfe und Krankenhauspflege hinterfragt werden muß in Bezug auf mögliche Auswirkungen auf das zukünftige Wohlbefinden von der Patientin und ihres ungeborenen Kindes.

Jedes 35. Kind, das heute in den USA geboren wird, wird später einmal als zurückgeblieben diagnostiziert werden, in 75 % der Fälle gibt es keine familiäre oder genetische Disposition. Jedes 10. bis 17. Kind hat irgendeine Art von psychischer Störung oder Lernschwierigkeit, welche spezieller Behandlung bedarf. Diese Statistiken sind nicht nur auf die unteren sozio-ökonomischen Gruppen beschränkt, sondern betreffen alle Teile der Gesellschaft.



Schwangere Frauen sind zunehmend beunruhigt, denn niemand weiß, welchen Grad von Sauerstoffmangel, wieviel Druck auf den Kopf oder Zug durch die Zange das ungeborene oder neugeborene Kind aushalten kann, bevor es einen dauernden Gehirnschaden oder eine psychische Störung davonträgt. Die neuesten Untersuchungsergebnisse über das eventuell krebserzeugende Medikament Diethylstilbestrol haben die Öffentlichkeit gegenüber der Tatsache wachsam gemacht, daß weder die Zustimmung zu einem Medikament durch eine Regierungsbehörde (U.S. Food and Drug Administration) noch die Tatsache, daß ein Medikament von einem Arzt verschrieben wird, als Garantie dafür dient, daß ein Medikament oder eine Verordnung für die Mutter oder ihr ungeborenes Kind unschädlich ist. In der Tat hat der Medikamentenausschuß der amerikanischen Akademie der Kinderärzte kürzlich bestätigt, daß es kein Medikament gibt, weder verschreibungspflichtig noch frei verkäuflich, das für das ungeborene Kind als 100 % unschädlich gelten kann.

"Zurückhaltung bei Medikamenten"

Die schwangere Frau hat das Recht zur Mitbestimmung, wenn es um ihr Wohlergehen und das ihres ungeborenen Kindes geht, außer in deutlichen medizinischen Notfallsituationen, die ihre Beteiligung verhindern. Zusätzlich zu den in ‚Rechte des Patienten' der U.S.-Krankenhausgesellschaft dargelegten Rechten, sollten der schwangeren Patientin weitere Rechte zugebilligt werden, da es sich ja um zwei Personen handelt. Diese sind nachstehend aufgeführt:

1. Die schwangere Patientin hat das Recht, vor Anwendung irgendeines Medikamentes oder einer Behandlung durch die sie betreuende Person über jede mögliche direkte oder indirekte Auswirkung oder Gefahr für sie selbst oder ihr ungeborenes Kind, resultierend aus dem Gebrauch einer an ihr angewandten Arznei oder Behandlung während der Schwangerschaft, Geburt oder Stillzeit informiert zu werden.
2. Die schwangere Patientin hat das Recht, vor jeder beabsichtigten Therapie nicht nur über den Nutzen, die Risiken und Gefahren informiert zu werden, sondern auch über bekannte alternative Formen der Therapie oder Prophylaxe. Dazu zählen Geburtsvorbereitungsklassen für Schwangere, die helfen können, die schwangere Patientin physisch und psychisch darauf vorzubereiten, mit Unbehagen oder Streß während der Schwangerschaft und des Geburtserlebnisses besser fertig zu werden, wobei die Notwendigkeit für Medikamente oder geburtshilfliche Operationen vermindert oder vermieden werden kann. Solche Informationen sollte sie in der Frühschwangerschaft erhalten, um eine wohldurchdachte Entscheidung treffen zu können.
3. Die schwangere Patientin hat das Recht, vor der Verabreichung irgendeines Medikaments , von der das Medikament verordnenden oder verabreichenden Person darüber informiert zu werden, daß jedes während der Schwangerschaft und Geburt eingenommene Medikament, egal wann es genommen oder gegeben wird, möglicherweise eine nachteilige Wirkung auf ihr ungeborenes Kind haben kann und daß es kein Medikament gibt, welches für das ungeborene Kind bewiesenermaßen unschädlich ist.
4. Die schwangere Patientin hat das Recht, falls ein Kaiserschnitt vorauszusehen ist, vor der Verabreichung jeglicher Medikamente, besser noch vor ihrer Krankenhauseinweisung, darüber informiert zu werden, daß Zurückhaltung bei der Gabe von Medikamenten dem Kind zugute kommt.
5. Die schwangere Patientin hat das Recht, vor Anwendung eines Medikaments oder vor einer Behandlung über Faktoren der Ungewißheit informiert zu werden, falls es KEINE genau kontrollierten Untersuchungen gibt, die die Sicherheit eines Medikaments oder einer Behandlung in Bezug auf den direkten oder indirekten Effekt über die Mutter auf die physiologische, geistige, oder neurologische Entwicklung des Kindes bestätigen – (dies würde sozusagen für alle Medikamente und die große Mehrheit der geburtshilflichen Operationen zutreffen).
6. Die Patientin hat das Recht, vor der Verabreichung eines jeden Medikaments über den Markennamen und den allgemeinen Namen des Medikaments informiert zu werden, damit sie gegebenenfalls auf frühere nachteilige Wirkungen nach Einnahme des Medikaments hinweisen kann.
7. Die schwangere Patientin hat das Recht, ohne Druck durch die sie betreuende Person für sich selbst zu bestimmen, ob sie die Risiken der geplanten Therapie akzeptieren will oder ob sie das Medikament oder die Behandlung verweigern will.
8. Die schwangere Patientin hat das Recht, den Namen und die Qualifikation der Person zu erfahren, die ihr ein Medikament oder eine Behandlung während der Geburt verabreicht.
9. Die schwangere Patientin hat das Recht, vor der Ausführung einer Behandlung darüber informiert zu werden, ob diese Behandlung zu ihrem oder ihres Kindes Wohl (medizinisch indiziert) oder wahlweise aus Bequemlichkeit, für Unterrichtszwecke oder für wissenschaftliche Untersuchungen ausgeführt wird.
10. Die schwangere Patientin hat ein Recht auf die Anwesenheit einer Vertrauensperson, die sie während der Geburtsarbeit und Entbindung emotional unterstützt und ermutigt.
11. Die schwangere Patientin hat das Recht, nach angemessener medizinischer Beratung, die Position für die Zeit während der Geburtsarbeit und Entbindung wählen zu können, die ihr für sich selbst und das Kind am wenigsten anstrengend erscheint.
12. Die geburtshilfliche Patientin hat das Recht, daß ihr Kind, wenn es normal ist, neben ihrem Bett versorgt wird und daß sie es nach Bedarf stillen kann und nicht nach den Regeln des Krankenhauses.
13. Die geburtshilfliche Patientin hat das Recht, schriftlich über Namen und Qualifikation der sie entbindenden Person informiert zu werden. Diese Information sollte auch auf der Geburtsurkunde stehen.
14. Die geburtshilfliche Patientin hat das Recht, darüber informiert zu werden, ob es irgendwelche Informationen gibt in Bezug auf ihre oder ihres Kindes Pflege oder Zustand, die auf spätere Schwierigkeiten oder Probleme für sie oder ihr Kind schließen läßt.



15. Die geburtshilfliche Patientin hat das Recht, daß ihre Krankengeschichte und die ihres Kindes vollständig, akkurat und leserlich ist, und daß alle Unterlagen, einschließlich der Notizen der Hebammen und Schwestern, vom Krankenhaus aufgehoben werden, zumindest bis das Kind volljährig ist, oder daß ihr wahlweise sämtliche Unterlagen vor der Vernichtung angeboten werden.
16. Die schwangere Patientin hat das Recht, während und nach ihres Krankenhausaufenthaltes Einblick in ihre gesamte Krankengeschichte einschließlich der Hebammen- und Schwesternnotizen zu haben und eine Kopie gegen einen angemessenen Betrag zu erhalten; all dies ohne einen Rechtsanwalt einschalten zu müssen.

Es ist nicht die betreuende Fachkraft, sondern die Patientin und ihr Kind, die die Folgen eventueller Traumata oder Schäden resultierend aus Medikamentengebrauch oder geburtshilflichen Operationen ertragen müssen. Die Beachtung der oben aufgeführten Rechte macht es der Gebärenden möglich, Entscheidungen, die sie und ihr Kind betreffen, mitzutragen. Sie schützt auf der anderen Seite auch das Betreuungspersonal und das Krankenhaus vor gerichtlichen Prozessen, die auf Grund von Verärgerung oder Mißverständnissen von Seiten der Mutter entstehen könnten.

(Entworfen von Doris Haire, Vorsitzende, ICEA Komitee für Rechte und Regelungen im Gesundheitswesen)

"Sich umfassend informieren"

Die schwangere Patientin hat nicht nur Rechte, sondern auch bestimmte Pflichten. Diese sind wie folgt:

1. Die schwangere Patientin hat die Pflicht, über physische und psychische Vorgänge während Geburtsarbeit, Entbindung und der Zeit nach der Geburt Bescheid zu wissen. Je besser die werdenden Eltern informiert sind, umso besser können sie qualitative Entscheidungen treffen bezüglich der Planung ihrer Pflege.
2. Die schwangere Patientin hat die Pflicht, zu wissen, was gute Vorsorge und geburtshilfliche Versorgung ausmacht und muß sich bemühen, die bestmögliche Pflege zu erhalten.
3. Werdende Eltern sind verpflichtet, sich über die Krankenhausbedingungen und Regeln zu informieren, die die Geburt und die Nachgeburtsperiode betreffen.
4. Die schwangere Patienten ist verpflichtet, sich um eine Vertrauensperson zu bemühen (z.B. Ehemann, Mutter, Schwester, Freund, usw.) die an der Planung der Geburt teilnimmt und die während der Geburtsarbeit und Entbindung bei ihr ist.
5. Die schwangere Patientin hat die Pflicht, der sie betreuenden Person in einer verbindlichen und kooperativen Art und Weise klar ihre Wünsche mitzuteilen und vor Beginn der Geburtsarbeit mit dem Arzt oder dem Krankenhaus in beiderseitigem Einverständnis Vereinbarungen über alternative Methoden der Pflege zu treffen.
6. Werdende Eltern haben die Pflicht, dem gewählten Arzt oder der gewählten Hebamme aufgeschlossen zuzuhören, ebenso wie sie erwarten, daß ihnen aufmerksam zugehört wird.
7. Wenn sie sich auf eine bestimmte Art der Pflege geeinigt haben, sind die werdenden Eltern verpflichtet, nach besten Kräften zu versuchen, daß das geplante Programm durchgeführt wird.
8. Die schwangere Patientin ist verpflichtet, eventuelle Kosten für Krankenhausaufenthalt und Pflege vorher in Erfahrung zu bringen.
9. Die schwangere Patientin, die vorhat, Arzt oder Krankenhaus zu wechseln, ist verpflichtet, alle Betroffenen, wenn möglich, so früh wie möglich vor der Geburt davon in Kenntnis zu setzen und die Gründe für ihren Wechsel mitzuteilen.
10. Werdende Eltern sollten gegenüber dem ärztlichen und Betreuungspersonal jederzeit den gleichen Respekt und die gleiche Rücksichtnahme walten lassen, die sie auch von denselben erwarten.
11. Während des Krankenhausaufenthaltes ist die Mutter verpflichtet, alles über ihre weitere Pflege und die ihres Kindes nach der Entlassung zu lernen.
12. Nach der Geburt sollten die Eltern konstruktive Kommentare und ihre Gefühle, sei es der Zufriedenheit und/oder der Unzufriedenheit mit der Pflege (ärztliche, pflegerisch und persönlich) der Krankenhausverwaltung mitteilen. Guter Service für zukünftige Familien wird durch solche Eltern gefördert werden, die sich die Zeit nehmen und genug Verantwortung haben, in Briefen ihre Gefühle und Gedanken über die erhaltene Behandlung von Mutter und Kind auszudrücken.

All die vorangegangenen Ausführungen betreffen eine normale Geburt und Nachgeburtszeit. Werdende Eltern sollten sich darüber im klaren sein, daß, falls Komplikationen in ihrem Fall auftreten, sie vermehrt dem Wissen und der Erfahrung des gewählten Arztes und Krankenhauspersonals vertrauen müssen. Falls Probleme auftauchen, ist die Gebärende trotzdem in jedem Fall dafür verantwortlich, Entscheidungen betreffs Pflege und Behandlung für sie und ihr Kind zu fällen. Wenn sie unfähig ist, diese Verantwortung wegen ihres physischen Zustandes zu übernehmen, sollte die vorher autorisierte Vertrauensperson informierte Entscheidungen für sie treffen.

Entworfen von Mitglieder des ICEA; Herausgegeben von International Childbirth Education Association, Inc.



„HIER IS DIE BUPPENSTUBE, GANNSTE GLEICH SAUBER MACHEN"

Aus dem Tagebuch einer DDR-Reise mit einem Kind

HALLE/MERSEBURG/
BERLIN/POTSDAM
27. April

„In der Ostzone ist aber manches doch besser als hier" war eines unserer Lieblingsspiele auf der Schule; da mochte kein Lehrer passen. Und wenn wir ganz am Ende waren, half immer noch eines: die Säuglingssterblichkeit liegt in der DDR weit unter der im Westen! Dem Schaudern entzog sich keiner, auch wenn wir eher die ersten Präservative im Sinn hatten als die ersten Kinder.

„Hier ist's aber doch besser als in der DDR" war das Lieblingsspiel des Betriebsrats von Honeywell, einer Hanauer Rüstungsfirma, deren Betriebsratsvorsitzender von der Deutschen Kommunistischen Partei war. Garantiert half dieses Spiel der Betriebsratssitzung, die sonst nach drei Stunden zu Ende gewesen wäre, zur ersehnten Fortdauer bis Schichtende. „Allein schon die Schlangen vor den Läden", ereiferte sich der erste, und alle wußten wie's weitergehen würde: Dort stehn sie vor dem Laden Schlange, hier stehn sie vor der Kasse Schlange, na und? Andere Länder, andere Sitten." Dem Genossen Vorsitzenden war der Lacherfolg sicher.

Zwanzig Jahre nach den Schul-Spielen besuchte ich zum ersten Mal (Ostberlin-Besuche nicht mitgerechnet) für zwei Wochen die Deutsche Demokratische Republik. Meine Freundin Charlotte (ich hab' alle Namen ein bißchen geändert, um Beteiligten eventuell Ärger zu ersparen) hatte was zu arbeiten; mangels Verwandter mußten wir in den Interhotels (von den Leuten freundlicherweise „Konservendosen" genannt) wohnen. Ich kümmerte mich um Miriam, unsere dreivierteljahrealte Tochter, verbrachte die Tage in den Parks, auf den Straßen, las die Zeitungen (soweit Miriam sie nicht zerriß oder zerkaute), spielte mit den Kindern, die „Pipi gucken" wollten, schwätzte mit den Erwachsenen, die mit dem unvermeidlichen Ach die süße, ach wie niedlich, guggemal die Kleene, auf uns zugestürzt kamen — wenigstens solange, bis das Gespräch, ebenso unvermeidlich, bei dem Thema „Im Westen isses besser als hier" und damit bei Golf und Trabant versandete.

12. April
Der Grenzsoldat schaut tatsächlich in Miriams Gesicht genauso unbeteiligt-prüfend wie in unsere, vergleicht die Gesichter mit den Fotos. Die DDR, so hatte man uns auf dem Meldebüro gesagt, ist das einzige Land, wo Kinder unter drei Jahren ein Foto im Paß haben müssen. Zur Unterbindung von Kinder-Handel, Kinder-Umtausch, Kinder-Entführung, so sei die Begründung.

14. April
Merseburger Kinderscene, am Stadtteich mit Enten und Schwänen, unter einem Himmel, der dank Buna- und Leuna-Werken nie richtig blau wird. Vier Kinder schieben Puppenwagen, stürzen sich auf mich und Miriams Kinderwagen. „Der Wagn ausm Westn?" „Ja, was ist denn anders?" „Der is rot." „Habt ihr das nicht hier?" „Nee, alles bloß so Metall." „Streich's doch an mit roter Farbe!" (Das war nicht der richtige Punkt.) „Und Fenster hater ooch." (später hab' ich die auch in Mengen mit Fenster gesehen, aus der DDR-Produktion). „War sie schon mal im Westen — dürft ihr mitm Wagen inn Westn fahrn — sie hats gut, ihr könnt im Auto fahren." — ich schneide das Trommelfeuer der Kinder ab mit Jaffa-Orangen, mitgebrachten. Sie sehen weitaus oranger aus als die cubanischen, die es hier gibt. Solche mit der cubanischen Farbe hab' ich auch schon mal in Spanien vom Baum gepflückt, die mit dem Jaffa-Orange noch nie, muß ich denken, während die Kinder andächtig die West-Orangen schälen.

15. April
Feine Flugasche und Karbidstaub: Leuna und Buna lassen grüssen, der feine Grauschleier liegt bei Südostwind überall in Halle, aber dafür regnet es nicht, und aus allen Himmelsrichtungen kommen die Bollerwagen mit den Krabbelkindern zum Kinderspielplatz am Interhotel. Es gibt große mit acht Kindern, kleine mit zweien, dazu jeweils eines, das mitläuft und schiebt (oder stolz so tut, als schöb's), und die Erzieherin in der obligaten braunen Kunstlederjacke schiebt das vierrädrige Gefährt. Die Kinder sitzen still; der Bollerwagen der Universitäts-Kita in Frankfurt wäre längst umgekippt mit tobenden und kreischenden Zwei- und Dreijährigen.

Hier kriegen sie alle Kinder. In meinem Alter , so an die vierzig, sind sie Großmütter, Großväter, ich komme mir verspätet vor. Bei unsrer geht das alles ein bißchen langsamer, sagt die Musiklehrerin aus Merseburg über ihre 18jährige Tochter, als wollte sie entschuldigen, daß sich noch nichts „abzeichnet". Monika aus der Küche am Stadtteich ist vierfache Großmutter mit zweiundvierzig. Die Schwester der HO-Wirtschaft „Zur gemütlichen Klause" hat acht Kinder... „Das gibt Pulver", sagt der Wirt vom Konsum-Restaurant „Teichperle", „Zuhausebleiben mit 75% vom zweiten Kind an. Und Anschaffungsdarlehen, und, und, und."

Die Blockflötenlehrerin von der Musikschule stammt aus Bratislava. Zum ersten Mai soll sie auf dem Schulfest des „Betriebs der vorbildlichen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung", Spejbl und Hurvinek bauchreden, im breiten Böhmischdeutsch gibt sie ihre Kostprobe: Spejbl und Hurvinek sitzen in der Badewanne, baden zusammen, so mit nix an und so. Sagt Hurvinek: Vati, warum hast du so große Hände? Mein Soohn, ich habe viel gearbeitet in meinem Leben. Vaati, warum hast du so große Füße? Mein Soohn, ich habe viel gewandert in meinem Leben. Nach einer Weile, Hurvinek hat so von oben bis unten seinen Vati gemustert: Aber Vaati, gelullert hast du nicht viel in deinem Leben.

Abgesehen von Vätern, die ihre Kinder in den stets tadellos geputzten, stramm bezogenen Kinderwagen aus der Krippe abholen, habe ich noch nie einen Vater mit Kind hier gesehen. Heute treffe ich den ersten; er kommt mit seiner einjährigen Tochter Sabine in den Park. Ich spreche ihn darauf an, was er für ein seltener Anblick ist. Wo die anderen Väter bleiben? „Vielleicht scheemen se sich. Sie habens doch gewollt, nu sollen se ooch de Folgen tragen." Er arbeitet in den Leuna-Werken, aber für eine kleinere Firma (Montage), hat noch einen achtzehnjährigen Sohn und seine Frau geht nicht arbeiten. Also geht's nicht um Arbeitsteilung: „Ich bin schon immer gern mit Sabine rausgegangen, von Anfang an. Sie sollte nicht in die Krippe. Warum? Du gibst es früh morgens ab, holst es nach der Arbeit wieder, kannst noch essen, saubermachen und dann ins

Bett. Was haste dann davon gehabt? Hättestes gleich bleiben lassen können. Und dann kriegen se alle Krankheiten in der Krippe."

16. April
Vom Merseburger Kindergarten „Junge Welt" (zwanzig Kinder mit zwei weißgekleideten Erzieherinnen; viel Grün zwischen Ruinen) holen wir Birgits sechjährige Freundin Anne ab, die im Herbst in die Schule kommt. Im Sturmschritt geht's über die Schlaglöcher und Trottoirs zum Kindergarten „Professor Ibrahim", wo Annes zweijähriger Bruder Max abgeholt wird. Max ist freundlich still, posiert auf Birgits Geheiß in der unbequemsten Stellung minutenlang ohne zu mucksen für ein Foto. Auf den Spinden der Kinder liegen kleine Heftchen. Ich greife nach einem — eine Mutter fährt mich unwirsch an: Das ist doch nicht das Berichtsheft von ihrem Kind! Auch die Kinder lachen mich aus, sowas tut man doch nicht. Daniels Berichtsheft jedoch darf ich aufmachen. Etwa jede Woche eine Eintragung, meist „Alles in Ordnung" oder ärztliche Termine, Tablettendosierungen. Doch am 19. März steht: "Max war heute einigermaßen sauber." Armer Max!

Am späten Nachmittag kommen wir zurück an die Ecke, wo die Eltern wohnen. Schräg gegenüber ist das Gebäude der Volkspolizei. Birgit ruft zu einem Polizisten hinüber, der sich mit einem Jungen unterhält: „Ich war's nicht, er hat angefangen, er hat das Fahrrad weggenommen." Sie geht zu den beiden über die Straße, aber die Szene wird von Wichtigerem überholt: die beiden Mütter haben ihre Kinder, auf die Meldung hin, sie seien in ein Westauto eingestiegen, der Volkspolizei angegeben und wollten sie suchen lassen. Da stehen sie, schwarzhaarig und gedrungen die eine, blond und pockennarbig die andere, in ihren Chemiestoff-Hauskittel und erklären ihre Sorgen: „Westauto, da denk' ich doch gleich..." Was wohl. Sie gehen dann, das Mißtrauen war nicht ganz gewichen.

Die SED-Zeitung des Bezirks Halle, „Freiheit", propagiert das „Baby-Band" in der Fabrik. Ein Bericht aus dem Fernsehgerät Halle, unter dem Titel „Eine ‚Fraktion' der jungen Mütter nun mit eigenem Band", verweist auf das Problem, daß die DDR die Mütter in zwei Produktionen braucht: für Babies und für Waren, in diesem Fall Fernsehgeräte. Im Grunde propagiert der Artikel, sie sollten die Freistellung für die eine Produktion — die von Babies — nicht in Anspruch nehmen, um die andere Produktion — die von Fernsehapparaten — auf Touren zu halten. (Schließlich können sie später die Kinder vor die Glotzen setzen, um in der Glotzenfabrik Überstunden zu machen. . .)



EINE 'FRAKTION' DER JUNGEN MÜTTER NUN MIT EIGENEM BAND

(Freiheit, Halle, 16.4.80)

Mit Ueberzeugungskraft und Geduld stellten sich die Genossinnen im Fernsehgerätewerk Halle an die Spitze bei der Neuformierung der Brigaden, voranging auch Parteigruppenorganisator Genossin Monika Hettel (2. v. r.).

In diesem Betrieb, in dem 70 Prozent der Belegschaft Frauen sind, war die Freude über das sozialpolitische Programm unserer Partei groß. 40-Stunden-Woche für Mütter mit zwei und mehr Kindern, verlängerter Wochenurlaub, das Baby-Jahr ... Viele junge Frauen entschlossen sich zum 2. Kind, die älteren freuten sich, daß es die jüngeren jetzt leichter haben. Problematisch aber war das: 15.15 Uhr verließen die nunmehr verkürzt arbeitenden Frauen ihre Arbeitsplätze. Das Band konnte nicht mehr so effektiv genutzt werden, wie es gerade deshalb nötig war, um das sozialpolitische Programm materiell abzusichern, einen spürbaren Leistungsanstieg zu erreichen.

Als im November 1979 das Kampfprogramm der Betriebsparteiorganisation für 1980 beraten wurde, legten die Genossen eine technologisch und organisatorisch gut durchdachte Lösung auf den Tisch: Die durch sozialpolitische Maßnahmen verkürzt arbeitenden Frauen werden aus den bestehenden Kollektiven ausgegliedert, bekommen ein eigenes Band. So würde die Effektivität aller Bänder steigen. Die Genossen sagten aber auch: „Das ist nicht nur rein organisatorisch zu lösen, was da auf uns zukommt. Denkt daran, daß dadurch fast alle Brigaden auseinandergerissen werden."

Wie gesagt: Das ist Monate her. Genossin Gerda Hoffmann, Bestückerin, erzählt: „Allesamt waren wir nicht begeistert, daß vier unserer jungen Frauen weggegangen sind. Aber wir haben uns auch gesagt: Was hätten wir die letzte Dreiviertelstunde nicht alles schaffen können, wenn jeder Arbeitsplatz besetzt gewesen wäre!"

Genossin Marion Braun, Gruppenleiterin in der Bestückung am 40-Stunden-Band: „Die jungen Muttis sind inzwischen begeistert. Freilich kostete das erstmal Ueberzeugungsarbeit. Aber nun werden ja auch gerade für die Brigadearbeit Uebergangslösungen geschaffen. Wir gehören noch so lange dem alten an, bis wir eine eigene Brigade, einen Plan und ein Programm für den Titelkampf haben. Wichtig in diesem Prozeß war, daß gleichzeitig die Normen überarbeitet wurden und die Kolleginnen bei entsprechender Leistung die Lohngruppe 4 erhalten."

Also alles rosarot wie die Arbeitskittel der Frauen? Monika Hettel platzt heraus: „Das hast du dir gedacht! Freilich läuft sich das mit den neuen Brigaden mit der Zeit ein. Aber der Schuh drückt trotzdem noch an einer Stelle: Zuviel Teilzeitbeschäftigung. Das gehört nämlich auch dazu, wenn wir vom Geben und Nehmen reden, von Effektivität und Leistungsbereitschaft." Und man kann hören von einer Mutter von fünf Kindern, die voll beschäftigt ist und von einer anderen, die bei besten Bedingungen doch nur sechs Stunden täglich arbeitet.

Wenn der Schuh noch drückt, muß er sich einlaufen

„Mich hat jedenfalls nichts mehr zu Hause gehalten, als ich — noch im Baby-Jahr — von dem neuen Band für uns Muttis erfuhr", erzählt Genossin Gerlinde Naumann, Mutter von zwei Kindern.

Marlen Ketschker



Klinikgarnituren für 70 Mark (bei manchen gehört die Milchpumpe zum Abstillen serienmäßig dazu), Krippengarnituren ab 20. Woche (!) für 200 Mark gibt es komplett in den Kaufhäusern. Aber da, wo die Wegwerfgesellschaft mal segensreich war, Vlieswindeln und weiches Klopapier, ist Fehlanzeige: In Halle wie in Merseburg und Potsdam ist die Suche nach Wegwerfwindeln jeder Art ebenso wie nach weichem Klopapier fürs Baby vergeblich. Auch das Kaufhaus „Aktivist" — nach langem Herumirren merke ich, daß es in „Konsument" umbenannt ist — kriegt nur einmal im Vierteljahr einen Karton Vlieswindeln, von weichem Klopapier ist überhaupt nicht die Rede. Auch in den Bürobedarfsgeschäften, wo es Klopapier gibt (sinnvollerweise), ist die Suche sinnlos. Auch der Intershop hat nur ein mitleidiges Lächeln übrig. Auf dem Rücksitz des BMW aus Hannover, der am Interhotel parkt, sehe ich eine große gelbe Rolle mit Blümchendekor. Den Fahrer anhauen? Ist mir zu blöd. Lieber helf ich mir mit westlichen Tempotaschentüchern und DDR-üblichen Mullwindeln. Miriam ist's zufrieden, aber ich muß laufend waschen. Erinnert ihr euch an Hakle-Reklame? Die mit dem bemerkenswerten Klopapier für den Morgen nach der bemerkenswert verbrachten Nacht? Im Westen gab's für mich nichts, was mehr bescheuert wäre als Klopapierreklame.

19. April
In der „Berliner Zeitung", die für notorische Spätaufsteher wie mich nur schwer zu ergattern ist — meist liegt nur noch das unlesbare „Neue Deutschland" herum — weist ein Artikel freundlich, aber bestimmt die Ingenieure und die Verwaltungsangestellten an, sich schon mal nach Plätzen in der Produktion umzusehen, denn dort bestünden die größten Personalknappheiten in der DDR-Wirtschaft. Überall müßten Arbeitsplätze eingespart werden. Und dann geht der Ver-

Oben: Die Krippenerzieherinnen sehen aus wie Krankenschwestern

Rechts; Der Krippenkinder-"Omnibus"



17. April
Eine Fahrt in die DDR ist immer auch ein bißchen Reise in die eigene Kindheit, jedenfalls für die Generation, die in den 50er Jahren Kinder waren. Der Bahndamm ist noch nicht betoniert, Jungen in Trainingshosen spielen dort herum, kauen Lakritze, irgendwelche Chemieabfälle lagern da, der Bach kann mit Lehm und Steinen umgeleitet werden. Das Auto ist neu, Vater hat lange darauf gewartet und wäscht es am Wochenende mit der Hand; Ami-Musik ist noch was Schlimmes wie bei unsern konservativen Eltern, hier in der DDR ist sie kontingentiert auf bestimmte Prozentsätze. Lederjacken sind aus Kunststoff, Helanca-Socken sind viel schicker als Baumwolle. Wer ins Interhotel verschickt wird, benimmt sich, als hätte er beim Hotelpersonal eine Benimmprüfung abzulegen und nicht Bedienung zu erwarten. Verkehrspolizisten drohen noch Radfahrern und Fußgängern mit harten Strafen von einer Mark aufwärts; Kleinstädte haben noch Kopfsteinpflaster und Schlösser Sozialwohnungen mit Rentnern statt Hotels mit Messegästen. Aber dies alles wird — da sind sich offizielle Linie und allgemeine Stimmung wohl einig — als lästiger Rückstand empfunden: „Im Schrittmaß 80", wie's als Parole von allen Dächern tönt, ist das Land zu modernisieren, und das heißt: durchzubetonieren.

fasser, Dr. Karl-Heinz Arnold, auf den Baby-Boom der DDR ein: *Die zu erwartenden Facharbeiter des Jahres 1990 gehen ja heute bereits zur Schule. . . Aber die Vorstellung, daß in diesem Jahrzehnt Hunderttausende frischgebackener Facharbeiter die Industrie überschwemmen würden, wäre ein Irrtum. Ein relativ großer Teil der jungen Leute wird im Bildungswesen, Gesundheitswesen, im Dienstleistungsbereich gebraucht."* Bereits im Fünfjahresplan 1981-85 kämen weniger Arbeiter in die materielle Produktion als heute, für 1986-90 würden sogar *„kaum mehr junge Leute übrigbleiben"* für die Produktion. Erst nach 1990 würde der Arbeitskräftezuwachs wieder ansteigen: was den 80er Jahren nicht hilft. . .

Es ist klar, daß hier in der DDR eine Bevölkerungspolitik gemacht wird – eine Sache, die in der Geschichte vorwiegend von Faschisten, Konservativen, Klerikalen betrieben worden ist und dazu meist mit wenig Erfolg: Kinder kriegen die Frauen nicht im Akkord oder für Prämie, allenfalls verhindert ein allzumieses Einkommen, daß die Leute Kinder wollen. Ich sträube mich auch hier gegen die Vorstellung, daß der Baby-Boom wegen des „Puders" rollt. Ich denke eher: wo die Gesellschaft dermaßen gründlich entpolitisiert ist, weil die Politik aus nichts als Ritualen mehr besteht, ist Kleinfamilie und Kinderkriegen naheliegend, um sich noch irgendwie zu verwirklichen. Besser als nachts für'n Fernseher anstehen jedenfalls. Babyjahr und Familiendarlehen wären dann Zugeständnisse des Staates, mindestens ebensosehr wie Produktions prämien für den Facharbeiternachwuchs der 90er Jahre.

21. April

Die Krippe ist das große Thema. Ab 20 Wochen bieten die Kaufhäuser die Krippen-Grundausstattung an. „Dem Kind entgeht viel, wenn es gleich in die Krippe kommt", sagt die salamibrotschmierende Frau in der Mitropa-Raststätte auf der Autobahn (ihre älteren Kinder hat ein russischer Soldat umgefahren, der ohne Licht auf die Kreuzung donnerte. „Die kriegste nich dran", sagt sie heulend; ohne Hoffnung bringt sie's vor's Bezirksgericht, denn „die dürfen das"; nur zeigen will sie's ihnen einmal).

„Aber zuhause fällt mir die Decke auf den Kopf – da könn se mich gleich einliefern." Die Merseburger Klavierspielerin: „Unsers ist immer zuhause geblieben, nie in der Krippe. Vormittags war mein Mann bei den Orchesterproben, nachmittags war ich weg, also war immer jemand da, und dann gab's eine Frau auf dem Korridor. „Aber später ist sie dann daheeme geblieben, auch alleene, hatte mit vier Jahren ihre eigenen Schallplatten, da kam's nicht auf die Kratzer drauf an." Ein Stück Boheme in der spießigsten Republik aufn deutschem Boden? Nicht ganz, die Rechtfertigung mit Ordnung und Sauberkeit folgt gleich nach, doch so ganz überzeugend finde ich sie nicht: „Sie ist so selbständig und tüchtig geworden, nur gewaschen hat sie sich nicht gerne. Nee, wenn sie immer jemand haben, der sich kümmert, wern sie ja so liederlich."

Gisela, die Bühnenschneiderin in Potsdam – jetzt Hausfrau – schiebt ihren Dreijährigen, den Raffael, im Sportwagen eiligst aus der Straßenbahn (wenn sie sich nicht beeilt, kriegt sie einen Rüffel vom Personal, sagt sie): Für uns gibt's keinen Krippenplatz. Potsdam ist Grenzgebiet – ja, wenn mein Mann bei der Volkspolizei oder Volksarmee wäre. Aber er ist beim Wetterdienst. Als Raffael kam, Cosima war ja schon da, haben sie mich entlassen: ich konnte ja keinen Krippenplatz nachweisen, also nicht ausreichend arbeiten. Sechs Wochen danach kam das Gesetz, daß sie aus diesem Grund nicht mehr entlassen dürfen. Aber mich hamse noch rausgesetzt... Wer keinen Krippenplatz findet, muß sich privat um jemanden bemühen, der die Kinder betreut. Das geht über die Fürsorge. Das sind dann Frauen, die auf zwei oder so aufpassen.

Können Sie sich da jemand wählen? „Wenn dir eine nicht paßt? Da könntest du schon wählen, aber es gibt zu wenig. Barbara, Potsdamer Lehrerin mit ihrer neunjährigen Tochter Sabine, er-

Ski mit Stöcken, 1,75 m lang, St
kante, „Hönberg-Grenoble", 12
Skischuhe, rot, Gr. 42, 75 M;
Wintermantel, Wolle, m 50, 2
dklbr. Silastikkleid mit Weste
m 50, 125 M; gutes schwarze
stüm, m 50, Imp., 150 M; au
Spannungsregler „Konstanze I
130 M. Zuschr. 53 993-4 DEW
1500 Potsdam, PSF 112

Praktica LTL mit Innenlichtmes
Weitwinkelobjektiv auto 2,8/2
zus., 900 M. Zuschr. 54 000-4
1500 Potsdam, PSF 112

Fernsehgerät „Start 1" u. Konve
(Rep.-Rechn. vorh.), 300 M;
mit Konv. u. Trafo, 200 M;
Super „Erfurt", 300 M; UKW
furt", 100 M; Olympia mit U
50 M; „Patriot" zum Ausschla
40 M. Zuschr. an 53 980-4 DE
1500 Potsdam, PSF 112

Imp.-Korbkinderwagen, attrakti
Döring, 1500 Potsdam, Profess
Ludschuweit-Allee 31, ab 17

1 **Umstandskleid**, Imp., mod., 8
2 Umstandsblusen, je 10 M;
standshose 20 M (alles f. Fr
Sommer). Zuschr. 169 232 An
1530 Teltow, E.-Thälmann-Str

Wohnzimmerschrank mit Anrich
Fernsehtisch mit Beleuchtung
teil 50 M; Radio (1957) 20 M
an 359 885-4 DEWAG, 1502 B
berg, PSF 110

Tonbandgerät ZK 120, Bestzusta
Tonkopf), 450 M. Zuschr. an
DEWAG, 1502 Babelsberg, P

Kinderwagen, rot, sehr gut erha
150 M. Marzahn, 1502 Babels
E.-Thälmann-Str. 25, nach 17

Kindersportwagen ohne Verdeck,
mit Korb u. Fußsack, 50 M; Kinder
sachen, Imp., bis Gr. 82, von 5 bis
20 M; Umstandssachen, Gr. 42/44,
von 15 bis 60 M. Tel. Potsdam 7 46 93

„Tümmler", 2,5 PS, 350 M (sofort einsatzfähig); Schwimmweste, Gr. 46, neuw., 60 M. Viehweger, 1502 Babelsberg, Ziolkowskistr. 72

Steilwandzelt „Adria", wenig benutzt, f. 2 bis 3 Pers., 350 M. Zuschr. an 53 942-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Kinderwagen mit Ersatzrädern, braun, 130 M; 28er H.-Fahrad 40 M; Qualiton M 8, mit Bändern, 300 M. Zuschr. an 53 945-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Spinnrad 150 M; Mädchen-Bekleidung, 0–4 J., Imp., v. 2 bis 15 M. Zuschr. 53 955-4 DEWAG, 1500 Pdm., PSF 112

Kindersportwagen mit Verdeck u. Fußsack mit ausknöpfb. Fell, 1 J. alt, gut erh., 150 M; 2 noch funktionstüchtige Fernsehapparate „Marion I" u. 2 Konverter, an Bastler f. 200 M. Jeske, Bornstedt, Ribbeckstr. 20

Eßzimmer um 1900, an Liebhaber zu verkaufen. Zuschr. an 53 958-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

HiFi-Stereo-Anlage Rema toccata, hell, poliert, neuw., noch 1/2 J. Garantie, 2370 M. Zuschr. 53 959-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Nähmaschine, versenkbar, 150 M. Zuschr. an 359 854-4 DEWAG, 1502 Babelsberg, PSF 110

Jugendweihe-Anzug, Gr. 42 J (etwa 164), ungetr., 120 M, blau/grau, u. Mädchen-Garderobe bis Gr. 152 von 5 bis 35 M. Tel. Potsdam 7 13 43, nach 17 Uhr

Nadelkord-Kinderwagen, blau, Imp., Verdeck innen blau/geblümt, Bestzustand, 180 M. Brümmer, 1502 Babelsberg, Wollestr. 38

H.-Ring, Imp., 333er Gold, mit gr. Lapislazuli, 600 M; wunderschöner, zierlicher D.-Ring, 333er Gold, mit 3 Zuchtperlen, 450 M. Zuschr. an 53 965-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Tonbandgerät B 90, vierspurig, Mono mit 4 Bändern, 700 M. Heinrich, Babelsberg, H.-Marchwitza-Ring 9/18

Betonmischer, 75 l, 1300 M; Hängerkupplung f. Wartburg-Tourist, 120 M, zu verk. Zuschr. 53 937-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Auslegware „Warna", 11 m, 4 m breit, flaschengrün, unben., 3960 M. Zuschr. an 53 925-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

1 **Waschfaß**, Zink, 10 M; 1 Leiter, 7 Stufen, 10 M; 1 Rotlichtlampe, neuw., 30 M; 2 Waschbecken, 20 cm, 5 M; 40 cm, 10 M; 1 Liegestuhl 50 M; 1 Handwagen 15 M. 1500 Potsdam, H.-Mann-Allee 62, 1 Treppe rechts

Wegen Umzugs: Anbauwand Typ „Themar", 3 Schrankt., 1 Eckt., 1 Glast., 2 Glasteilaufs., f. 1000 M; Liegesofa mit 2 Sesseln, Lederlehnen, dklbr., Stoff hellbr. mit beige abgesetzt, 1000 M (1 J. alt, beides sehr gut erh.). Zuschr. an 53 918-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112



Rechts und links: Kleinanzeigen in der "Märkischen Volksstimme", dem Potsdamer SED-Lokalblatt. Fast jede dritte Suchanzeige gilt einem Kinderwagen ode ähnlichem. "Import" ist besonders gefragt





Oben: Krippenkinder in Halle fahren zum Spielplatz

Unten: Stolz auf West-Auto und West-Baby. (VW-Abzeichen wie Anti-AKW-Aufkleber blieben in unbekannten DDR-Sammlerhänden - über Nacht waren sie weg. Vielleicht hängen sie nebeneinander im Zimmer eines Jungen Pioniers...)



erkauf

ng: **Möbel, Porzellan,**
, u. a. Am Donnerstag,
16 Uhr, Fr.-Ebert-
pe rechts
la", 53 cm, mit Konv.,
Platten-Kamera „Voigt-
Zubehör, 100 M;
nitur, dkl. Marmor,
Schmalfilmkamera
100 M; Belichtungs-
lux", rep.-bed., 10 M;
15 M; 950 neue Dia-
asken u. Streifen
lam 7 76 04
: Am 26. 4. 1980
(keine Antiquitäten),
lenstr. 20
mp., schw., kl. Gr. 38,
taill., gut erh., 500 M.
23-4 DEWAG,
SF 112
m lang, 1 m hoch,
M (abteilbar). Tägl.
Tanz, 1500 Potsdam,
agen, weiß, gut erh.,
er ohne Boden 10 M.
25 62
8, 500 M; Gasherd,
röhre, 180 M;
r Zentrix, 250 M.
92-4 DEWAG,
PSF 112
., hell, mit Stickerei
mit Fußsack u. Korb,
00 M; rd. Tisch,
. Zuschr. 132 185-4
Potsdam, PSF 112

Brautkleid, m 76/82, 100 M; D.-Schuhe, Imp., dunkelgrün, Gr. 35, 35 M. Zuschr. an 132 182-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Stern-Recorder R 160 mit 7 Kassetten, Kassettenbox u. Mikro, umständehalber f. 500 M; handgeknüpften Wandteppich, 70×60, schw., orange, Porträt Che Guevaras, 120 M. Zuschr. 132 174-4 DEWAG, 1500 Pdm., PSF 112

Tonbandgerät B 54, sehr gut erh., 700 M; Panoramakinderwagen, blau, mit Matr. u. Korb u. Sportwagenaufsatz, orange, mit Verdeck, So.- u. Wi.-Fußsack, neuw., 350 M; Fernseh-Video-Spiele, Imp., 500 M; Akkordeon, sehr gut erh., 80 M; Tonbandgerät „Uran" zur Ersatzteilgewinnung, 50 M. Zuschr. an 132 170-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Brautkleid, beige, mit Baumwollspitze, Gr. m 76, Einzelanfertigung, 200 M; Brauthut, weiß, Imp., 150 M; mod., weiße Schuhe, Gr. 38, 50 M; weißer Kinderwagen 280 M; Moped Schwalbe 400 M. Zuschr. 132 171-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Zwillingskinderwagen u. Zwillingssportwagen, Bestzustand, 200 u. 150 M. J. Kaiser, Potsdam, Br.-Rehdorf-Str. 17

Eßtisch, 1 m Ø, 60 M; Waschbecken, unben., 52 cm, 40 M; 250 Glasfliesen, Stck. 0,60 M; Küchentisch, neuw., mit T-Füßen, 60 M; H.-Lederjacke, schwarz, Gr. 46, 250 M. Zuschr. an 132 196-4 DEWAG, 1500 Pdm., PSF 112

Kinderwagen, weiß, Lack, Verdeck weinrot, Korb, Matr., 250 M; Umstandshose, m 88, blau, 40 M. Berlin, 1500 Potsdam, Schlaatzstr. 9

Stereo-Tonbandgerät, Imp., 4 Mon. alt, 950 M (mit Zubehör, Mikro, Tonkopf usw.). K. P. Graap, 1500 Potsdam, A.-Einstein-Str. 14

Herrenzimmer, kompl., um 1900, 2800 M. Zuschr. an 132 154-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

1 Halskette mit Kugelanhänger, 333er Gold, 580 M. Tel. Potsdam 2 52 59

Kompl. P 70-Bootsmotor mit Zubehör u. Ersatzteilen, 1200 M (Neuw. 2600 M); 1 Paar gebr. Rollschuhe, 15 M. Tel. Potsdam 9 35 83

Kaufgesuche

Suche von früher alte Gegenstände, Ölbild, Kristall, Porzellan, Figur, Stele, Möbel, Uhr. Zuschr. 987 519-3 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

Bambyfahrrad gesucht. Reimann, 1500 Potsdam, Stormstr. 15, Telefon Potsdam 9 39 22

Kindertragegestell zu kaufen od. für August 1980 zu leihen gesucht. Zuschr. an 132 184-4 DEWAG, 1500 Potsdam, PSF 112

5 Rollen Rauhfasertapete (weiß) dring. gesucht. Wer kann helfen? R. Hiller, 1500 Potsdam, Käthe-Kollwitz-Str. 42

Kaufe alte Ansichtskarten bis 1920, Elfenbeinschnitzereien jeder Art und alten Korallenschmuck. Zuschr. an 132 140-4 DEWAG, 1500 Pdm., PSF 112

innert sich an die Krippenzeit: „Die Zeitzwänge, das ist das Hauptproblem mit den Kindern. Du siehst sie gar nicht. Morgens früh bringst du sie in die Krippe, bei Sabine warn's anfangs ein paar ganz bärbeißige Erzieherinnen. Die sind ja auch überlastet, haben vor und nach der Krippe ihre eigenen Kinder zu versorgen. In der Krippe gibt es unheimlich viele Krankheiten, alle kriegen Erkältungen, kriegen die Grippe. Sie wehren sich."

In „0 bis 3", der Mütterzeitschrift für die Kleinen (36 Seiten Schnittmuster, 2 Seiten Familientips, 2 Seiten Staats-Weisheit; der „Verlag für die Frau", der sie herausgibt, ist „Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber") schreibt ein(e?) Doktor Ockel vom Ministerium für Gesundheitswesen dazu:

Im Jahre der Gründung der DDR gab es 194 Kinderkrippen mit insgesamt 4674 Plätzen, was einem Versorgungsgrad von 0,8% der Kinder entsprach. Bis heute konnte die Zahl der Krippenplätze um das 50fache erhöht werden. Mit etwa 258.000 Plätzen in Kinderkrippen können etwa 60% aller Kinder dieser Altersgruppe untergebracht werden.

Da es nicht nur darum gehen konnte, die Gleichberechtigung der Frau auch im beruflichen Leben zu garantieren und deshalb die Unterbringung ihrer Kinder zu gewährleisten, sondern vor allem darum, die besten Bedingungen für eine harmonische gesunde Entwicklung der Kinder zu schaffen, mußten sehr viele Probleme gelöst werden. Der Bau von Kinderkrippen und die Schaffung der materiellen Voraussetzungen waren nur die eine Seite.

Die Hauptfunktion der Kinderkrippe besteht darin, daß sie im Zusammenwirken mit den Eltern die gesunde körperliche und geistige Entwicklung sichert. Dafür wurde es erforderlich, eine wissenschaftlich begründete Aus- und Weiterbildung von Fachkräften durchzuführen, die für die Pflege und Erziehung der Kinder und ihre optimale Förderung die richtigen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen haben. Völlig neue Berufsbilder wie Krippenerzieher und Krippenpädagoge entstanden. Obwohl der Bedarf an Krippenplätzen zur Zeit noch nicht voll gedeckt werden kann, nimmt die DDR im Versorgungsgrad an Krippenplätzen eine Spitzenposition in der Welt ein. Regelmäßig wird die Kinderkrippe vom Krippenarzt aufgesucht, der die medizinischen Untersuchungen und die Schutzimpfungen vornimmt sowie eine Reihe von gesundheitsfördernden Maßnahmen festlegt, die im Einvernehmen mit den Krippenerzieherinnen durchgeführt werden.

Und nun kommt der Staats-Rat zum Problem der Grippe in der Krippe. Was schlägt er vor?

Ein gegenwärtiges Problem sowohl der Gesamtbevölkerung als auch bei den Krippenkindern sind die Erkältungskrankheiten. Nur durch gemeinsame Bemühungen der Krippenerzieher und der Eltern und unter fachlicher Anleitung durch den Krippenarzt zur Durchführung von Abhärtungsmaßnahmen, einer gesunden Ernährung, eines hygienischen Tagesablaufs und durch witterungsentsprechende Kleidung sowie durch viele andere gesundheitsfördernde Aktivitäten wird es gelingen, die Erkältungskrankheiten erfolgreich zu senken.

Kalte Güsse also? Schwenkbäder in der winterlichen Saale? Vater Staat wird auch in der DDR nicht daran vorbeikommen, daß „seine" Kinder hauptsächlich dann krank werden, wenn's ihnen nicht paßt.

25. April

Das Kind in der Stadt, während der normalen Arbeitszeit in den Fabriken und Büros, ist ein völlig ungewöhnlicher Anblick. Bis zur Einführung des Baby-Jahres für die Mütter mit mehr als einem Kind, also bis voriges Jahr, gab es kaum mehr Hausfrauen. Jetzt nehmen gut 80% der Mütter, denen es zusteht, das Babyjahr in Anspruch. Aber ich sehe sie noch kaum auf der Straße. Miriam in der Rückentrage, im Känguruhtuch ist ein doppelt ungewohnter Anblick: erstens gibt es sonst

kaum Kinder in der Stadt, zweitens gibt sie's nur in diesen superordentlichen Kinderwagen, abgelegt sozusagen.

Die Begeisterung, die die leutselig lächelnde Miriam auf der Straße auslöst, ist unübersehbar und wird von ihr sichtlich genossen. Ich hatte immer die vage Ahnung, daß die Bewunderung — nicht zuletzt für uns Erwachsene, die das Kind überall mitnahmen — eine ganz böse Kehrseite hätte. Und es kam auch heraus, dicker als erwartet, und sehr komisch.

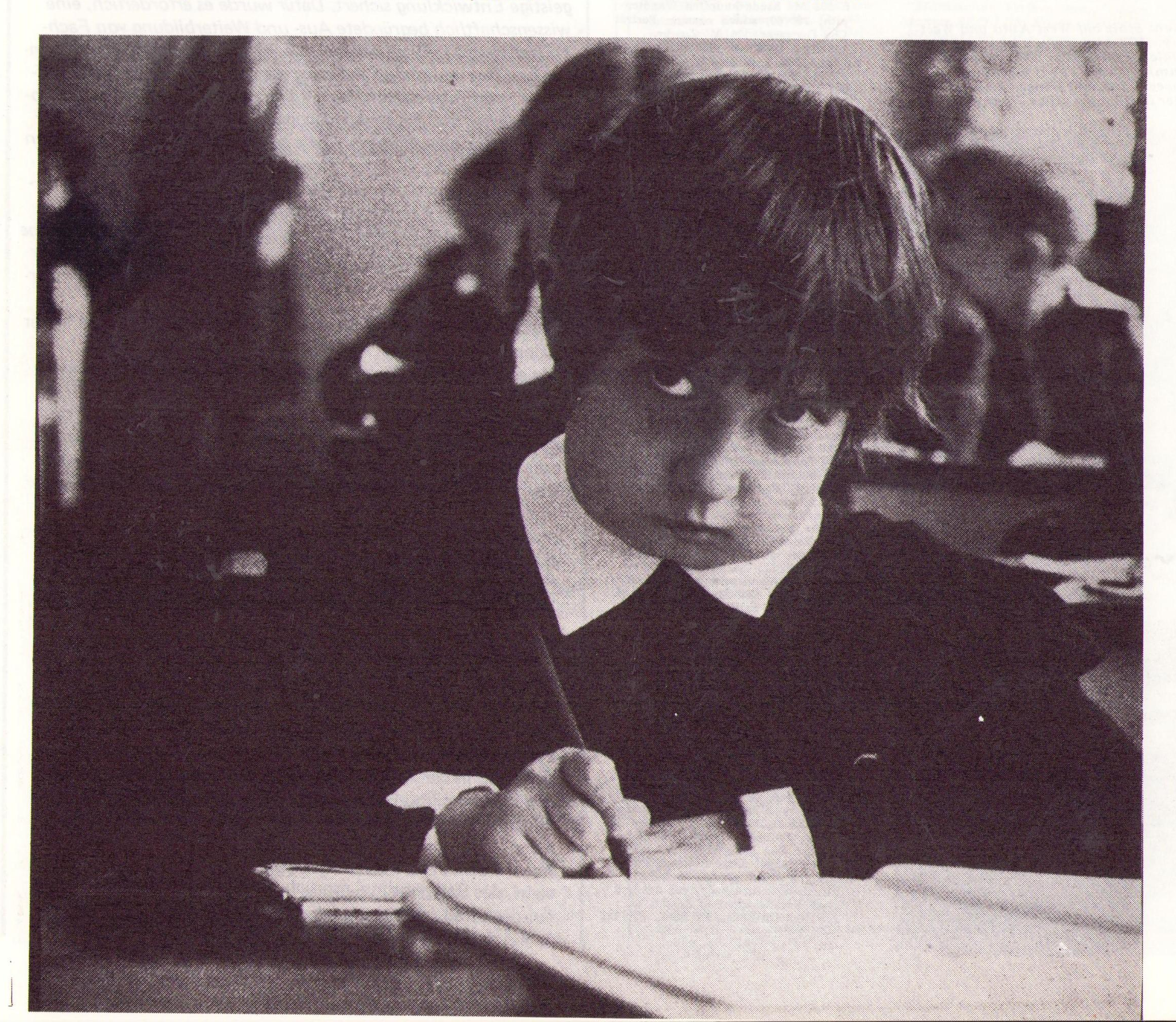
In Potsdam lief „Solo Sunny" den ersten Tag. Die Halbsechsuhrvorstellung bereits war gerammelt voll. Die Frau an der Kasse? Wollen sie das Kind wirklich mitnehmen? Die Platzanweiserin: Wenn's aber nicht geht, muß ich Sie leider rausschicken. Der Mann aus dem Vorführraum: Is aber erst frei ab 14. Er lacht.

Als Sunny mit dem Klarinettisten nicht bumsen will und aus der Band rausfliegt, juckt Miriam ganz fürchterlich die Windel; sie jammert. Charlotte geht mit ihr auf die Treppe; nach einer Weile kommt die Platzanweiserin sehr förmlich zu mir: „Sie sollen die Sachen von Ihrer Frau rausbringen!" Draußen, von der Treppe bis zum Vorraum, finde ich Platzanweiserin, Kassenfrau und Mutter im feindseligen Hickhack. „Ich hatt's ja gleich gesagt, das geht nicht gut." „So was hat es hier noch nie gegeben." „Wir nehmen noch nicht mal Fünfjährige hier rein, und jetzt hier so'n Kleines". (Hatte Sunnys Turteln mit dem Diplom-Philosophen wirklich Miriams moralisches Urteil verhunzt?) Die Kleine, immer noch wimmernd, wird im Vorraum ausgezogen; streng und mit vorwurfsvollen Blicken schauen die Kino-Angestellten zu. Was sie denn wollten, man sei doch nicht mehr im Kino, versucht die Mutter ein letztes Mal dem Spießruten-Zuschauen zu entgehen. Dies sei IHR Kino und sie dürften zusehen, soviel sie wollten, revanchierten sich die strengen Omas. Charlotte kam nicht wieder, auch als das Kind seine Ruhe wieder hatte. Rabenmutter — Hippiemutter — so was gehört sich nicht: die Aggressionen der beiden Frauen hatten eingeschlagen. Wehe, wenn das Kind nicht „lieb und brav" ist!

27. April
Mit Kind in der DDR: ich fühlte mich fremd. Vieles geht auf das Konto des Arbeiter- und Bauern-Staats (denn die Bürokratie beruht schon auf einer Arbeiter-Tradition), Arbeiter gehen mit ihren Kindern anders um als ich (hier wie dort), und wenn eine Arbeiter-Bürokratie die Herrschaft innehat, dann geht's eben streng und ordentlich zu. Aber hinzu kam: Kinder haben in der DDR heute eine ungeheure Bedeutung. Sie stehen für Selbstverwirklichung, von der mehr erwartet wird als von der Selbstverwirklichung durch Konsum, die einfach dauernd auf sich warten läßt. Im Stil der „DDR-Witze": Warum schaffen sich die DDR-Bürger Kinder an? Weil sie das Einzige sind, was sie ohne Anstehen kriegen und zwar zur angesagten Zeit. Und was machen die DDR-Bürger, wenn sie die Kinder haben? Sie schaffen sie wieder ab — ab in die Krippe, ab vor die Glotze, ab ins Bett.

Alois von Merkatz

Kontaktadresse: Alois von Merkatz, c/o Kramer, Cornelius-str. 24, 6000 Frankfurt 1.



Die „Bremer Krawalle"

Den folgenden Bericht über die Bremer „Krawalle" entnehmen wir freundlicherweise der neuesten Ausgabe des Frankfurter „Pflasterstrands". Er zeigt die Ereignisse aus der SIcht eines Betroffenen auf, dessen Erlebnisse sich nicht mit denen der staatstragenden Medien decken.

Zusätzlich bekamen wir einen Bericht von einem Kinderfest vom 1.Mai 80, bei dem die Polizei brutal einschritt. Nicht nur dieses Ereignis ein paar Tage zuvor löste die „Krawalle" zu Bremen aus, sondern gab nur die ‚Stimmung' unter vielen Gruppen wieder. Ein Grund war der unverblühmte Auftritt der Rekrutenvereidigung zum 25.Jahrestag der NATO, in einer Zeit, wo über die Köpfe hinweg von Politikern über Krieg spekuliert wird.

In einer Hinsicht waren diese „Krawalle" für die Politiker lehrreich: Daß sich Teile der Bevölkerung nicht so schnell wieder zum Militär pressen lassen werden. Die Zerstörungen in Bremen wären übrigens gar nichts gegen das, was uns im Ernstfall passiert.

Don Camillo/ID

POLIZEIEINSATZ BEIM KINDERFEST

BREMEN 3. Mai *Aus Bremen bekamen wir folgenden Erfahrungsbericht von einem Kinderfest:*

Die Naturfreundejugend, die Falken, der DP-BDJ sowie die Gewerkschaftsgruppe der BBA führten auch in diesem Jahr ihr gemeinsames 1. Mai-Fest für Kinder, Jugendliche und umweltbewußte Bürger im Naturfreundehaus in der Buchtstr. durch. Der Andrang der Interessierten war so groß, daß die Räumlichkeiten des Hauses nicht ausreichten. Die Masse der Besucher hielten sich deshalb notwendig auf der Straße und den Bürgersteigen auf.

Die Stimmung war auch durch das schöne Wetter und die guten selbstgemachten Salate hervorragend. Unverhofft rückten plötzlich Mannschaftswagen der Polizei an. Seitens der Polizei gab es keinen Versuch, mit den Veranstaltern sich abzusprechen. Von den Besuchern wurde der Ernst der Situation erst in dem Augenblick erfaßt, als sie von den vorrückenden Polizeiketten zurückgedrängt wurden. Auch ein Einsatzbefehl kam der Masse der Besucher nicht zu Ohren. Die Polizei schlug brutal und unkontrolliert auf die Anwesenden ein. Offensichtlich ging es der Polizei nicht darum, die Straße zu räumen, sondern sie wurden auch tätlich gegenüber den Leuten, die sich auf den Bürgersteigen und im Hauseingang befanden. Angesichts der der auftretenden Panik wurden Essens- und Getränkestände zerstört. Auch in dieser Situation zeigte sich die Polizei nicht gesprächsbereit.

Trotz wiederholter Versuche von Besuchern, die Hintergründe des Einsatzes zu klären, prügelten sie weiter. Es gab 10 Verletzte, z.B. Armbruch, Kopfverletzungen durch Holzknüppelschläge, Beinverletzungen durch Tritte sowie drei unbegründete, willkürliche Verhaftungen. Unter den Verletzten befand sich sich auch ein 12-jähriges Mädchen, die aus Angst die Straße überquerte, um zu ihrer Mutter zu kommen und dabei von der Polizei geschlagen wurde.

Die Veranstalter weisen daraufhin, daß sie alle formellen Voraussetzungen für den Ablauf des 1. Mai-Festes erfüllt hatten. Der vom Polizei- und Ordnungsamt (Liegenschaftsamt) zur Verfügung gestellte Parkplatz war bei Beginn des Festes noch von einigen Polizeifahrzeugen besetzt, so daß der geplante Festplatz nicht zur Verfügung stand und deswegen auf die Straße ausgewichen werden mußte. Die Auseinandersetzung hätte vermieden werden können, wenn für das Fest von Anfang an der Parkplatz neben dem Haus zur Verfügung gestanden hätte, auf dem sich nur drei Zivilfahrzeuge der Polizei befanden. Komischerweise stand nach der Auseinandersetzung der Polizeiparkplatz neben dem Haus der Naturfreundejugend zur Verfügung.

Kontakt: Volker Bruns, Tel.: 0421 / 386336



EIN DIREKTBERICHT VON DER „FRONT"

Nie gab es einen besseren Anlaß zum Putz als in Bremen: Das massenhafte Gegröhle von Liebe und Vaterland angesichts einer amoklaufenden Erdnuß war so unerträglch, daß sogar einige biedere demokratische Vereine Protest einlegten – und prompt einen energischen Rüffel von oben bekamen.

Zum erstenmal verwandelte sich die Angst vorm Krieg in – wenn auch hilflose – Wut.

Wir fragen uns: Was veranlaßt diese 18jährigen Greise dazu, ihre Selbstunterwerfung unter die Verdummungsmaschine des Militärs auch noch in vaterländischen Cholaren zu feiern? Was bringt sie dazu, sich freiwillig zu angepaßten und gehorsamen Alkoholikern machen zu lassen und sich mit ABC-Schutzmaske im Dreck robbend auf den Ernstfall vorzubereiten?

Daß die „Bremer Krawalle" sogar im Bundestag debattiert werden, scheint in der momentanen politischen Situation logisch: Man munkelt von Antiamerikanismus im Volke, böse Kräfte bedrohen den erwachenden Verteidigungswillen und das NATO-Bündnis, die „Zeit" mutmaßt sogar „teilweise berechtigte Kritik an außenpolitischen Entwicklungen". Angesichts solcher Wehrmüdigkeit sind militärische Massenrituale wieder gefragt.

Die Debatte über Formen und Möglichkeiten einer neuen Anti-Kriegs-Bewegung ist heute jedenfalls dringlicher als jemals zuvor. Viel Verunsicherung geht von ihr aus: Plötzlich, nach jahrelanger Auseinandersetzung mit der Politik in erster Person sollen wir uns heute mit der Politik von Supermächten auseinandersetzen, mit neuen imperialistischen Strategien. Kaum fangen wir an, unsere Bäumchen zu hüten, taucht das Gespenst der Zerstörung jeglichen Lebens auf diesem Planeten wieder auf. Aber wo? In den Köpfen von irgendwelchen Sensationsschreibern? Oder in der Realität? Als fast schon logische Notwendigkeit? Oder „nur" als Erpressungsmanöver gegenüber der Dritten Welt, damit diese weiterhin ihre Menschen und Rohstoffe den verfressenen Zivilisationen der ersten Welt bereitwillig in den Rachen stopft?

Einiges an Überlegungen – und erste Schritte des Handeln – tun sich heute in vielen Köpfen. Die Friedensinitiative der Frauen, das Ansteigen der Zahl der Kriegs- und Totalverweigerer sind erste Anzeichen.

Veteranen haben mindestens eine schreckliche Eigenschaft: sie haben alles schon mal mitgemacht. Wehe den neuen Ereignissen, die es sich nicht gefallen lassen, durch das Verkleinerungsglas der eigenen Erinnerung betrachtet zu werden. Ich gebe es zu, ich bin auch so ein Veteran. Und zwar ein doppelt beschränkter. Denn bei mir mischt sich die Wiederholungsgewißheit mit dem Frankfurter Zentralismus, der darin besteht oder bestand, alle anderen Bewegungen, politischen Wichtigkeiten der Welt für Kopien des Frankfurter Originals zu halten.

Als so ein Veteran, voll vom Bewußtsein, von Frankfurt nach Bremen ins Exil geraten zu sein, war ich beim Bremer 'Krawall' um die Rekrutenvergelöbnissung im Weserstadion dabei. Mit der Vorwarnung über die Perspektive meiner Anteilnahme und Wahrnehmungen verbinde ich allerdings die Hoffnung, in dem, was ich erlebt habe, ein bißchen von der Veteranenhaltung losgekommen zu sein.

Zur Erinnerung:

Den meisten werden die folgenden 'Tatsachen' bekannt sein. Zur 25. Wiederholung der NATO-Gründung sollte es ein großes Vorzeigespektakel für die Bundeswehr geben. Der Bevölkerung sollte mal kräftig vorgeführt werden, wem sie den schönen Frieden der letzten Jahrzehnte zu verdanken hat. Und welcher Ort eignet sich besser dafür als ein Stadion, wo ja – genau wie beim Militär – auch nie im Ernst gekämpft wird.

Nun ist es das besondere Pech der Friedens-Armee, daß ihre Feier-Rituale, ihre Selbstdarstellungsformen so kriegerisch sind. Und genau das, daß in einer Situation hochgewirbelter Kriegsängste die Bundeswehr leibhaftig und überlebensgroß ihre ganze, aus Angriffs- und Eroberungsarmeen stammende Tradition zur Schau stellen will, war den Bremern zuwider.

Am Wissen und Ekel der Bremer Bevölkerung vorbei hatten die obersten Friedensgaranten ihre Soldaten ins Weser-Stadion beordert.

Alles was sich in Bremen als irgendwie links oder republikanisch versteht, hat eindeutig erklärt: Wir wollen hier keine öffentliche Rekrutenvereidigung. SPD-Ortsvereine, DKP nebst Anhängen, die Grünen, Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und die Szene.





Dann gab es Absprachen, Einschätzungen, Planungen für eine gemeinsame Demonstration, falls – wie anzunehmen – die oberste Festleitung des Stadionspektakels bei ihrem Vorhaben bleibt. Sowas hieß früher Aktionsbündnis.

Für die 'Stimmung' unter vielen Gruppen des Aktionsbündnisses war das 'Vorgehen' der Bremer Polizei am 1.Mai wichtig. Ein schönes und (natürlich) friedliches Straßenfest war zusammengeknüppelt worden.

Der Dienstagabend

Von verschiedenen Plätzen ausgehend bewegt sich eine riesige Demo in Richtung Weserstadion. Für kurze Zeit sind alle Einzelnen, Gruppen und Parteien dabei. Dann beginnt der bekannte Versuch, das Ganze für die Zwecke der eigenen Clique zu kassieren. Die DKP nebst Anhängen will die Demo zu ihrem eigenen Festplatz schön weit weg vom Stadion locken. Daraus wird nichts. Die große Mehrheit zieht direkt weiter zum Stadion. Die sich vorsorglich Einlaßkarten besorgt hatten, um im Stadion für Unruhe zu sorgen, stehen vor verschlossenen und mehrfach bewachten Toren. Alle, die reinsollten, waren schon längst drin. Die füllten das Stadion zwar nur zu einem Viertel, waren dafür aber Fans der drinnen versammelten Mannschaften. Allerdings ist es zwei-, dreihundert Störern gelungen, irgendwie mit durchzurutschen.

Vor den Toren kommt es zu gefährlichen Demonstrationsmischungen. Die Fans meckern, daß sie nicht rein dürfen und lassen ihren Frust an uns aus, die wir auch rein wollen. Eine Oma boxt einen Bekannten von mir kräftig in die Seite.

Ich sehe jede Menge Soldaten in Gala nebst Familie, die auch nicht reinkönnen und jeden Durchblick verloren haben.

Inzwischen – es ist sieben Uhr – wimmelt es vor dem Stadion von Gelöbnis-Gegnern. Gespenstisch erscheint mir, daß weit und breit keine Bullen zu sehen sind. Sie stehen vor dem Stadiongitter, dahinter die schicken Feldjäger, die später zeigen, daß auch sie nur ganz gewöhnliche Bullen sind. Sie zerren und prügeln die Unruhestifter aus dem Stadion. Ins allgemeine Durcheinander draußen kommt allmählich eine seltsame Ordnung.

Das Stadion – mit Rängen und Kampfplatz, gibt es draußen noch einmal. Unten, in der Nähe des Gitters, steht der vorgeschobene LKW des KBW mit Lautsprechern. Daneben zwei- bis dreihundert Leute mit Helmen und Knüppeln. Dahinter und oben – auf dem Osterdeich – die gemischten Massen.

Nichts, außer dem Stadion ist abgesperrt. Dann gibt es die Bilder, die tags darauf zum Schrecksymbol in der Presse werden. Brennende Bundeswehrfahrzeuge. Aber wie die auf die Straße mitten unter die Demonstranten gelangen und angezündet werden, entspricht allem anderen nur nicht Straßenkämpfen. Ganz langsam schiebt sich ein Bundeswehr-VW in die locker herumstehenden Demonstranten. Dann geht's nicht weiter. Der Fahrer steigt in aller Ruhe aus, nimmt seine Dienstmütze und schüttelt den Kopf. Die Scheiben werden eingeschlagen, schließlich brennt der Wagen.

Das wiederholt sich mit sechs VW-Bussen. Daß die da hingefahren sind, scheint überhaupt nur dem Zweck zu dienen, angesteckt zu werden. Wasserwerfer spritzen ein bißchen in den Flammen herum, die Feuerwehr kommt sehr spät.

Ich denke, sind die denn wahnsinnig, so mitten unter den Leuten die Autos anzustecken. Die können doch explodieren oder die Stromleitung durchschmelzen. Irgendein schweres Motorrad wird gleich mitangesteckt. Jugendliche schrauben dann alle beweglichen Teile ab.

Unten, vor dem Stadiongitter und den Augen der erhöht stehenden Zuschauer werden die Bullen immer wieder mit Steinen und Flaschen beworfen. Die Bullen rücken gegen die Reihen der Militanten vor und wieder zurück – immer abwechselnd.

Ein Blasorchester etwas abseits macht Musik dazu. Der KBW steuert aberwitzige Sprüche bei.

Alles läuft durcheinander und wie mir scheint, völlig getrennt voneinander. Die Militanten schlagen zu, die Bläser blasen, der KBW spinnt, ein paar gute Einfälle (ein riesiges Ballonbündel schwebt über dem Gelöbnis, Leuchtkugeln gehen hoch) werden beklatscht.

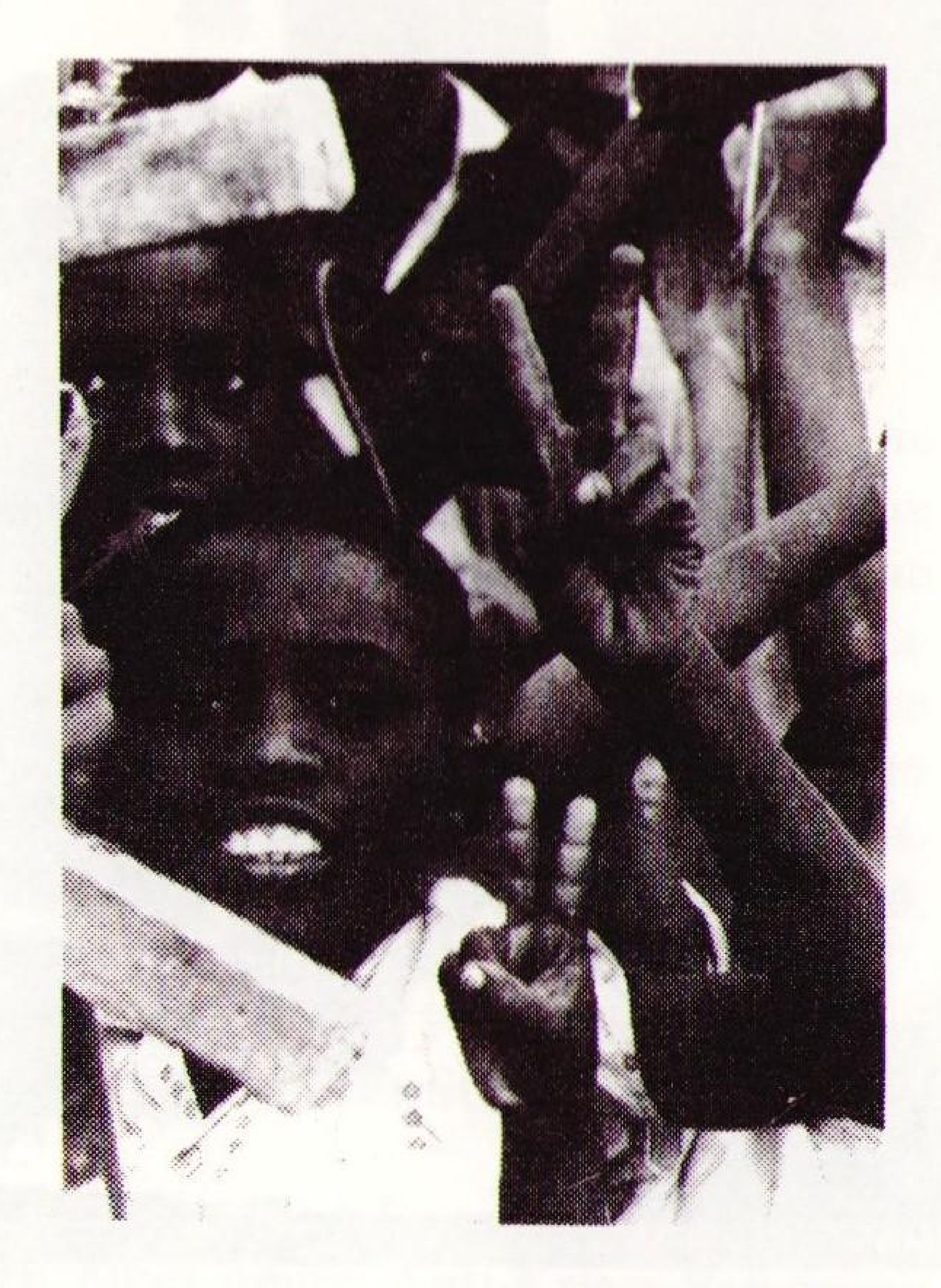
Aus dem Stadion berichten die Rausgeschmissenen, daß alles immer wieder durch Transparente, Pfiffe und Sprechchöre durcheinandergerät. Es gibt niemanden, der den Willen der meisten Zuschauer äußert. die Leute da unten sollen endlich aufhören, Steine zu werfen.

Ich sehe, wie die Schlagstöcke der immer unruhiger werdenden Bullen hoch- und runterwippen wie Pimmel. Ich weiß, daß sie bald losprügeln werden. Es gibt keinerlei Chance, das Stadiongitter zu überwinden. Der Steinhagel der Militanten, von denen übrigens niemand zu wissen scheint, wer sie sind, scheint mir zunehmend wahnsinnig. Jetzt werden Leute verprügelt, die auffordern, mit den Steinen aufzuhören.

Brandsätze fliegen und stecken einen Polizisten an. Ich weiß nicht, in wieviel Teile die Kundgebung zerfallen ist, Die Show im Stadion spielt eine immer geringere Rolle. Alle sind damit beschäftigt, zu kapieren, was draußen eigentlich los ist. Die Wut beginnt sich zu spalten. Und ich denke auch im Kopf der herrschenden Veranstalter herum: sind die einfach unfähig, eine für sie geordnete Show zu inszenieren oder läuft alles wie geschmiert? Die Medien für den nächsten Tag sind gefüttert. Spinn ich denn, m e i n e Wahrnehmung in ihre reinzuschmuggeln? Aber eines ist mir klar: wir haben nicht die Stärke oder die Perspektive, der Macht auf den von ihr vorgegebenen Bahnen entgegenzutreten. Bestürzt hat mich die ganz faßbare Einsicht, daß das Militär damit beginnt, all unsere vielen verzweigten Fronten, die wir in den letzten Jahren aufzubauen versucht haben, zu besetzen. Schon, daß ich von 'Fronten' spreche, ist schrecklich. Aber in unsere Schreckensvisionen der letzten Monate mischt sich immer mehr die Angst, letzten Endes wie ein winziger David dieser Goliathmaschine des Militärs gegenüberzustehen. Wir hatten die Macht in viel kleineren und für uns wichtigeren Regionen zu bekämpfen versucht – und jetzt sollen wir wieder den Großmächten in die Augen sehen?

Im Stadion ist die Feier der Macht vorbei. Scharen von Friedenstauben werden von Militärs in die Luft geschickt. In diesem Augenblick schlagen die Bullen los. Sie setzen den Fliehenden nach und verfolgen sie prügelnd bis in die Innenstadt. Daran ändert auch nichts der Versuch, in einer Demo zusammenzubleiben. Vielleicht gelingt es in den nächsten Tagen, das offenbar gewordene Dilemma unserer Schwäche nicht in lauter kleine Siege aufzulösen, die angeblich errungen wurden.

Heiner



Prozeß gegen Nikishi wa Mbula:

„DER IST KEIN NORMALER MENSCH. . ."

Köln, 12.5.80

Am 22.Mai beginnt vor dem Landgericht Köln der Prozeß gegen Nkishi wa Mbula. Ihm wird vorgeworfen, im Wien--Ostende-Expreß eine „Bombe" deponiert zu haben. Am 23. August 1978 war eine ähnliche „Bombe" in der Toilette des Warschau-Paris-Expreß hochgegangen, die nach Meinung der Staatsanwaltschaft ebenfalls von Nkishi stammen soll. In beiden Fällen ist Nkishi wegen Mordversuchs angeklagt, obwohl kein Mensch zu Schaden gekommen ist.

Nkishi stammt aus Zaire und lebt seit 1962 in der BRD. Nach seinem Studium arbeitete er zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am SoWi-Institut (bei Professor Sigrist) in Münster. Seit er in der Bundesrepublik ist, unterstützt er Studenten aus Afrika. Er arbeitete politisch lange Zeit in der Bochumer ESG (Evangelische Studentengemeinde), gründete u.a. den „Bund Afrikanischer Studenten (BAS)" und war Mitglied im Ausländerkomitee an der Uni Bochum.

Während dieser Zeit versuchte er, die deutsche Öffentlichkeit auf die Situation in seiner Heimat Zaire aufmerksam zu machen.

Zaire befindet sich aufgrund seiner reichen Bodenschätze fest in der Hand von amerikanischen und westeuropäischen Kapitalinteressen. Noch nicht einmal die eigene Finanzhohheit besitzt die Regierung. So sitzen im Finanzministerium in Kinshasa weiße „Finanzminister", die, direkt vom IWF (Weltwährungsfond) eingesetzt, den Haushalt Zaires verwalten. Der Widerstand gegen die Ausplünderung dieses Landes wird mit Hilfe ausländischer Söldnertruppen brutal niedergeschlagen (z.B. der Einsatz belgisch-französisch-marokkanischer-„Feuerwehr"-Truppen = Fallschirmjäger in der Provinz Shaba 1977 und 1978).

Doch die Geschehnisse in Afrika schienen in der Vergangenheit kein Thema für die westdeutsche Linke zu sein. Freunde von Nikishi schreiben in einem Flugblatt:

„Es ist leider eine Tatsache, daß das Echo in Westeuropa, auch das der Linken in Bezug auf die Verwicklung westeuropäischer Interessen in Zaire anläßlich der Shaba-Ereignisse im März 1977 und Mai 1978 nicht groß war. Bei dem Ausflug belgischer Söldner in Zaventen (bei Brüssel) gab es nur einige hundert belgische Demonstranten, die hilflos zusehen mußten, wie belgische „Paras" zur angeblichen Rettung der Weißen in Zaire eingesetzt wurden. In der BRD tat sich überhaupt nichts, obwohl Genscher und Schmidt auf der Zaire-Konferenz im Juni 1978 in Paris von einer afrikanischen „Friedenstruppe" zum „Schutz von Zaire" träumten, die mit deutscher Unterstützung aus Ägyptern, Marokkanern und Westeuropäern aufgestellt werden sollte."

Neben diesem politischen Hintergrund springt eine Tatsache besonders ins Auge. Den Vorsitz in diesem Prozeß hat der Richter Viktor Henry de Somoskeoy.

Somoskeoy wurde bundesweit bekannt und berüchtigt durch seine Prozeßführung und Urteile. Immer wieder bekamen besonders ausländische Angeklagte sein Rechtsempfinden zu spüren:

Beim sogenannten „Türkenprozeß" belehrte er die türkische Angeklagte mit Sprüchen wie: *„Sie fliegen raus", „Wir sind hier nicht auf einem orientalischen Basar", „Sie klauen uns nur die Stunden" und „Sie sitzen hier wie die Paschas! Der Schah von Persien hat nie vier Dolmetscher um sich gehabt, wenn er den Lübke besuchte'"* Selbst die „Bild-Zeitung" fragte nach dem Prozeß: *„Hat Richter Vorurteile gegen ausländische Angeklagte?"*

Somoskeoys Sonderbehandlungen ausländischer Angeklagter waren nach diesem Prozeß noch lange nicht erschöpft.

Der Türke Baha Targün — bekannt geworden als Streikführer beim Ford-Streik 1973 — wurde nach einer umstrittenen Beweisaufnahme wegen *„gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung"* zu sechs Jahren verurteilt.

Ein 40jähriger Portugiese bekam sechs Jahre Knast. Er hatte einen Polizisten aus der Nachbarschaft mit einem Messer verletzt. Die Staatsanwaltschaft forderte ein Jahr Knast. Dazu der „Kölner Expreß": *„Sechs Jahre! Das schockte selbst den Staatsanwalt."*

Angesichts dieser Vorkommnisse schreiben die Anwälte von Nkishi in einem „Offenen Brief":

„Herr Nkishi wa Mbula befürchte, daß unter diesem Richter ein rassistisches Urteil gegen ihn gefällt wird."

Daß diese Befürchtung nicht unbegründet ist, läßt eine Äußerung von Somoskeoy (laut Stern Nr. 20/1980) bei der Durchsicht von Nkishis Akten ersehen: **„Der ist kein normaler Mensch."**

Dies wird allerdings Somoskeoys letzter Coup als Strafrichter sein, da er am 1.Juni von seinem Posten als Chef der 13. Strafkammer zur Zivilkammer (Mietrecht) wechseln soll. Damit versucht wohl die Kölner Justizleitung, Somoskeoy aus der Schußlinie der Öffentlichkeit zu ziehen.

Richter Somoskeoy stellt so manchen Querulanten in den Schatten: 30 Beleidigungsklagen versuchte er bisher, in Gang zu bringen (z.B. gegen Heinrich Böll). Durch den Prozeß gegen Nkishi, der bis zum 31. Oktober 1980 vorterminiert ist, hofft wohl Somoskeoy, seine Versetzung zur Zivilkammer hinauszuzögern oder gar vermeiden zu können.

Mittlerweile hat sich ein Unterstützungsbüro für Nkishi in Bochum gegründet.

Nkishis Anschrift lautet: **Nkishi wa Mbula, JVA, Ulmenstr. 95, 4 Düsseldorf.**

Kontakt: Unterstützungsbüro für Nkishi. . . , c/o Tageszeitung, Alsenstr. 30, 463 Bochum 1.

Spendenkonto für Nkishi: Ute Molloisch, Sparkasse Bochum, Kto.-Nr. 10 80 46 582 (Stichwort Zaire).

„KRITISCHE PROBE" NICHT BESTANDEN – STRAFERLASS ABGELEHNT

GEESTE 5. Mai *Eso Oldefest, der wegen seiner Teilnahme an der Demonstration gegen den Bau des AKW Grohnde zu einer Gefängnisstrafe von 12 Monaten Bewährung verurteilt wurde, hat bereits über acht Monate, also 2/3 seiner Strafe abgesessen (siehe ID 280, 298, 299, 300, 304, 322). Die Hoffnungen jedoch, nach der üblichen Praxis, nach 2/3 die Reststrafe auf Bewährung zu setzen und den Gefangenen zu entlassen, haben sich jetzt zerschlagen. Warum Eso die volle Strafe abknacken muß, schreibt er uns in einem Brief:*

Liebe IDler,
Ich bin seit über acht Monaten in Haft und so kommt dann auch eines Tages der magische Termin des 2/3. Dieser war eigentlich schon am 12.4.80. Da ich aber das Gesuch erst kurz vorher eingereicht hatte, zögerte sich die ganze Angelegenheit ein wenig hin. Am 22.4.80 hatte ich dann die Zweidrittel-Anhörung bei der Strafvollstreckungskammer in Osnabrück. Bevor das alles über die Bühne geht, müssen sich die Anstalt sowie die Staatsanwaltschaft dazu äußern. Sind beide der Meinung, eine Entlassung ist gerechtfertigt, findet keine Anhörung statt. Ist eine der beiden Beteiligten einer anderen Meinung, findet eine 2/3-Anhörung bei der jeweiligen Strafvollstreckungskammer statt; so auch bei mir. Die Beurteilung der Anstalt war ohne Einschränkung in Ordnung. Ich hätte sogar meine Prüfung zum Hauptschulabschluß als externer Einpendler in der Anstalt machen können. Doch die Staatsanwaltschaft Hannover hielt es für notwendig, sich auf Punkt der Überzeugung festzubeissen. Sie wollte wissen, ob ich meine Einstellung im Kampf gegen AKW's geändert habe. Mein Verhalten hier während der Haft war völlig uninteressant. Und habe ich dann dem Richter halt gesagt, wie ich über den Kampf denke. Ich konnte nicht, wie die Staatsanwaltschaft es von mir wollte, von meinem Schlußwort im Prozeß Abstand zu nehmen und noch weniger konnte ich ihnen eine Garantie unterschreiben, mich in Zukunft nicht mehr an Bauplatzbesetzungen zu beteiligen. Es entspringt meiner ehrlichen Überzeugung, daß das Mittel der Bauplatzbesetzung eines unserer effektivsten Mittel im Kampf gegen AKW's ist. Diesen Standpunkt habe ich im Prozeß vertreten und auch wieder bei der 2/3-Anhörung. Das Ganze hat keine 10 Minuten gedauert und die Sache war geritzt.

Am 30.4.80 bekam ich dann die schriftliche Ablehnung des 2/3-Antrages. Für meine Überzeugung darf ich nun noch bis zum 13.8.80 in Haft bleiben. Nachfolgend die Begründung der Strafvollstreckungskammer zur Ablehnung:

„Landgericht Osnabrück: AZ 8 Stvk 421/80
Beschluß
in der Strafvollstreckungssache
des Helmuth Oldefest
geb. 22.10.46 in Hamburg-Altona
wohnhaft in Hamburg 1, Böckmannstr. 55
z.Zt. JVA Lingen 1
hat die Strafkammer 8 – Strafvollstreckungskammer
des Landgerichts Osnabrück am 22.4.80 beschlossen:
Die Aussetzung des nach Verbüßung von 2/3 verbliebenenen Restes der gegen den Verurteilten durch das Urteil des Landgerichts Hannover vom 9.5. AZ.: 12kls 7/77, 38 a 78/77, verhängten Freiheitsstrafe wird abgelehnt.
Gründe:
Der Verurteilte verbüßt gegenwärtig die o.g. Strafsache wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte pp. durch das Landgericht Hannover verhängte Freiheitsstrafe von 1 Jahr Dauer. auf die Gründe des genannten Urteils wird Bezug genommen. 2/3 der Freiheitsstrafe waren am 12.4,80 verbüßt. Dem Antrag, den Rest der Strafe gemäß § 57 StGB zur Bewährung auszusetzen, kann nicht entsprochen werden. Zu den Voraussetzungen einer bedingten Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Strafe gehört, daß die kritische Probe, ob sich der Verurteilte in Zukunft straffrei führen wird, vertretbar erscheint. Diese Voraussetzungen liegen bei dem Verurteilten offensichtlich nicht vor. Er hat in der mündlichen Anhörung erkennen lassen, daß er nach wie vor zu seinen Taten steht und in ihnen die einzige Möglichkeit sieht, den Bau von Kernkraftwerken zu verhindern. Er würde hierzu auch wieder Gewalt anwenden und damit Straftaten begehen.
gez. Kirchner, Richter am Landgericht."

Ich möchte dazu anmerken, daß schon die Staatsanwaltschaft Hannover in ihrer Stellungnahme sinngemäß geschrieben hatte, rückt der Verurteilte nicht von seinem Schlußwort ab und ändert er nicht seine Einstellung, so ist eine ungünstige Täterprognose zu stellen. Es ist aus den genannten Gründen von einer Aussetzung nach § 57 StGB bei einem Beharren auf seinem Standpunkt dringend abzuraten. Ich brauch dem ganzen wohl nichts mehr hinzu zu fügen.
Die Forderungen im Kampf gegen AKW's sind dringender denn je, Abschaffung des Atom-Programms!
Aufhebung aller zivil- und strafrechtlichen Maßnahmen gegan AKW-Gegner!
Machts gut, Eso

PS.: Seit geraumer Zeit befinden sich Jerry Schulz und Christian Gerke ebenfalls hier in Hesepe. Unsere Anschrift lautet:
........, (sauer) Kirschenstr. 50, 4478 Geeste 4.



SCHÖNE ZUSTÄNDE

Italien / München, 25. April

Erfahrungen in verschiedenen italienischen Knästen hat Hendrik Bicknaese im ID 326 geschildert. Offenheit, Chaos, Wärme – und auch Revolten mindern nach seinem Bericht die Unmenschlichkeit des Knasts: so bringt täglich die Familie Essen und Wein ... Andre, der ebenfalls in südlichen Knästen gesessen hat, hat auf Hendriks Bericht geantwortet (im Münchner "Blatt" 170) und gibt ein reichlich anderes Bild:

Den italienischen Knast habe ich 1970 – 1972 kennengelernt und bin jetzt auch wieder seit März 1979 in Italien in Haft. Ich denke, daß mein Bericht genauso konkret ist, wie der erwähnte, denn es ist ein Erfahrungsbericht. Als erstes möchte ich erwähnen, daß ich in 12 Monaten in fünf verschiedenen Knästen war, Parma, Reggio-Emilia, Bozen, Trento u. Belluna, dabei lernte ich im "Vorübergehen" Verona und Venedig kennen.

Ne Menge von dem, was Hendrik Bicknaese schildert, ist mir fremd. Das deutet darauf hin, daß er bessere Knäste als ich kennengelernt hat und daß es damit gewaltige Unterschiede gibt. Sei es die tägliche Kontaktaufnahme, die ich nie kennengelernt habe, im Gegenteil, Besucher aus der Bundesrepublik wurden auf den bestimmten Besuchstag verwiesen, und eine Sondergenehmigung zum Besuch wurde verweigert. Den Besuchern wurde auch nicht gestattet, für mich etwas abzugeben. Dann ist es bei weitem nicht erlaubt, jeden Besucher, Freund und Genossen zu sehen. Es werden nur Familien-Angehörige und Lebenspartner (conviventi) zugelassen. Auch die Liste der Dinge, die für einen Gefangenen abgegeben werden dürfen, sieht bei mir ganz anders aus: von wegen täglich das noch dampfende Essen abgeben, den zubereiteten Salat usw. – in den Knästen, die ich kenne, waren diese Dinge nicht drin. Der Besuch spielte sich auch nicht in dem Rahmen ab, wie der Bericht von H.B. vermittelt. Ich hatte meine Besuche in allen Knästen mit langem Tisch, schön getrennt Besucher und Knacki auf der ihr zuständigen Seite, durch eine ca. 25 – 30 cm hohe Trennscheibe getrennt. Mit Ausnahme von Reggio-Emilia, bin ich bisher immer in Anstalten gewesen, wo es keineswegs üblich war, daß die Zellen offen sind, wie H.B. dies schildert.



Knast in Italien ?
Der Schein trügt,
Herr Bicknaese !

Fernseher sind auf jeder Zelle, aber wie in den anderen Anstalten, so wird auch hier um 24 Uhr der Strom abgedreht und man kann nur das 1. und 2. Programm des italienischen Staatsfernsehens empfangen. Was dann die vorzeitigen Haftentlassungen anbelangen, sieht es meiner Erfahrung nach gar nicht so rosig aus. Sicher sind die arbeitenden Gefangenen besser dran als ihre Genossen in der Bundesrepublik. Denn inzwischen verdient kaum einer weniger als 300 DM, aber die Zahl derer, die Arbeit haben, ist verschwindend gering. Belluna ist z.B. die erste Anstalt, die eine Werkstatt hat in der ca. 10 Gefangene arbeiten, die außer Hausarbeiten auch noch zusätzlich Gefangene beschäftigt. Denn seit Privatunternehmen gezwungen sind, höhere Löhne zu zahlen, wurden viele Arbeitsbetriebe in Gefängnissen stillgelegt.

Es ist auch kein Schmäh, wenn ich schreibe, daß ich in Venedig in einer 2 Mann-Zelle gelegen habe, in der weder Stuhl noch Tisch war, das Klo offen vor der Nase, ohne Radio und Fernseher, daß die Zelle ca. 2,40 m breit und ca. 3,20 m lang war, ohne Spind, Schrank oder ähnliches. (1980)

H.B. kennt scheinbar auch nicht die 2x wöchentlich stattfindende Filzung, 2x tägliches Gitterabklopfen, nächtliche Kontrollen, alle 30 – 40 Minuten Licht, um 24 Uhr und 3 Uhr stattfindende Zählung, bei der Beamte in die Zelle kommen. Er hat auch nichts davon geschrieben, daß Gefangene Reinigungsmittel für die Zelle, Wäsche und Geschirr selbst kaufen müssen, daß, wenn einem ein Teil des Bestecks, Geschirrs kaputt geht, man es bezahlen muß.

Ich weiß nicht, wo H.B. seine Haft verbracht hat, auf jeden Fall trifft für die von mir "besuchten" Anstalten kaum was von seinen Schilderungen zu. Was die Sozial-Arbeiter anbelangt (fortschrittliche?), so kommen auf ca. 120 – 150 einen, Psychologen , Pädagogen dagegen sind noch rarer. Resozialisierung ist hier ein Fremdwort, ärztliche Versorgung ist zum Kotzen und von Vorbereitung auf Entlassung ist von Seiten des Staats nichts zu spüren. Von Justiz- und Gerichtsmethoden möchte ich erst gar nicht berichten, ebensowenig von denen, die bei der Verhaftung durch Caribinieris oder beim Widerstand im Knast brutal zusammengeprügelt wurden. Diese Informationen "sind aus erster Hand", denn bis heute habe ich ca. 32 Monate in italienischer Haft verbracht. Mir liegt nicht daran, Italien mit Deutschland zu vergleichen. Für mich ist Knast = Knast! Und wenn einer Italien und die Italiener kennt, ist es für ihn ganz natürlich, daß es im Knast erlaubt ist, 1/2 l Wein oder Bier täglich zu kaufen, daß man zu Verpflegung vieles kaufen kann, denn dies stammt aus einer Zeit, als Gefangene auf Verpflegung von draußen angewiesen waren und zum Teil noch sind. Denn die knastübliche Kost ist oft nicht ausreichend und nur bedingt genießbar.

Möchte noch erwähnen, daß ich bisher auch nur den "Normalvollzug" kennengelernt habe.
Freiheit und Glück.

Andre

Kontakt: über "Blatt", Georgenstr. 123, 8000 München 40, Tel.: 089/195021 u. 2

Portugal:

„SA CARNEIRO WILL BIS ZUM OKTOBER MÖGLICHST ALLE LANDKOOPERATIVEN ZERSCHLAGEN!"

Aus „Marburger Zeitung", Mai '80:

Der Freundeskreis Reforma Agraria aus Gießen/Marburg hat Besuch aus Portugal: Manuel, 21 Jahre, ist Buchhalter bei der Kooperativenunion von Vimieiro, wo wir im letzten September mit knapp 20 Leuten drei Kooperativen der Union bei der Ernte halfen. Die Landarbeiter haben Manuel mit dem Auftrag zu uns geschickt, uns über die immer bedrohlicher werdende Situation zu informieren und mit uns über mögliche Unterstützungsmaßnahmen zu sprechen.

Spätestens seit 1978 sind die Kooperativen Hauptangriffsziel der staatlichen Innenpolitik: Die rechten Präsidialkabinette Nobre da Costa und Mota Pinto begannen mit dem Versuch, die letzte noch existierende Errungenschaft der Portugiesischen Revolution, die **Agrarreform** , wieder rückgängig zu machen. Seit den Parlamentswahlen vom letzten Dezember hat Portugal erstmals seit 1974 trotz linker Stimmenmehrheit (51,1 %) eine rechte Parlamentsmehrheit – und diese will die neue Sa Carneiro-Regierung bis zu den nächsten Wahlen im Oktober unbedingt nutzen: Bis dahin sollen möglichst alle 400 Kooperativen verschwunden sein.

Die Regierungsstrategie ist, durch enorm forcierte Landrückgaben an die agrarios (Großgrundbesitzer) die Kooperativen auszubluten. Legalität spielt dabei keine Rolle mehr. Die agrarios stellen meist mit gefälschten Dokumenten (z.B. indem sie behaupten, ihr Land vor der Besetzung bewirtschaftet zu haben) ihre Landrückgabe-Forderungen, die oft schon nach kurzer Scheinüberprüfung durch die Agrarreformbüros, in denen heute nur noch Gegner der Kooperativen vertreten sind, erfüllt werden. Einsprüche der Kooperativen gegen Reserve– (Landrückgabe–)Ansprüche haben keine aufschiebende Wirkung mehr. Bei Erfüllung aller bis Ende März eingereichten Reserve-Forderungen würde den Kooperativen im Alentejo nur noch 1/5 ihres Landes bleiben.

Die Rückgaben führt die Nationalgarde mit Jeeps, Hubschraubern, Hunden und unter Androhung des Waffeneinsatzes durch. Ist ein Rückgabetag bestimmt, werden von allen GNR-Stationen die Nationalgardisten in einem Gebiet zusammengezogen, wo dann bis zu 10 Landrückgaben gleichzeitig durchgeführt werden. Durch die gleichzeitige Rückgabe und dadurch, daß den Kooperativen nur noch 12 Stunden vorher (bisher 24 Stunden) die Übergabe angekündigt wird, soll verhindert werden, daß die Kooperativen sich mit gegenseitiger Unterstützung erfolgreich gegen Rückgaben wehren können.

In Vimieiro – unweit von Montemor, wo im letzten September zwei Landarbeiter von der GNR erschossen wurden – mußten bereits 3 der 12 Kooperativen 2/3 ihres Landes zurückgeben. Die Kooperativen von Vimieiro wurden schon vor dem Agrarreformgesetz von 1975, wonach 1,6 Millionen Hektar Land zu enteignen sind, gebildet, weshalb die Regierung sie als „wilde", illegale Besetzungen, einstuft. Die schlimmste Folge hiervon ist, daß dem alten Großgrundbesitzer gestattet wird, für die Unionsgebäude, in denen die Landarbeiter eine jahrelang ungenutzte Mehlfabrik wieder hergerichtet sowie eine Bäckerei zur Versorgung der Bevölkerung von Vimieiro und eine Reparaturwerkstätte für die Wartung der landwirtschaftlichen Maschinen eingerichtet haben, jetzt nachträglich eine Pacht in Höhe von 4 000 000 Escudos (ca. 130 000 DM) einzutreiben. Der agrario zeigt aber „Entgegenkommen": Mit 7 000 000 Esc. (ca. 230 000 DM) sei die Pacht beglichen und würden die Gebäude in Unionseigentum übergehen.

Um die Auflösung der Kooperativenunion zu verhindern, sehen sich die Landarbeiter gezwungen, dieses Geld aufzubringen. Sie werden deshalb einen Bankkredit aufnehmen. Dabei hoffen sie, daß durch unsere Hilfe ihnen ein Teil der Zinslasten abgenommen wird. Wie kann diese Hilfe aussehen? Die mit der Kooperativenunion von Vimieiro befreundeten Sänger Jose Alfonso, Vitorino und Fausto haben sich bereit erklärt, für Vimieiro im Herbst hier in der BRD Konzerte zu geben. Die Bitte der Landarbeiter, sagt Manuel, ist, daß wir diese Tour organisieren. Manuel wird von Landarbeitern von Vimieiro berichten, daß wir es versuchen werden.

Auch werden wir wieder im August und September 2 -3 wöchige Erntehilfen in Vimiero und in Alvalade (eine Kooperativenunion ca. 120 km südlich von Lissabon, die wir ebenfalls seit dem letzten Jahr unterstützen) organisieren. Wer Interesse an einem Aufenthalt und der Arbeit auf einer dieser beiden uniaos hat, melde sich spätestens bis zum 24. Mai schriftlich bei G. Heuke, **Ludwigstr. 8, 6300 Gießen.**

Bisher konnten wir durch die Erlöse von den beiden Gießener Portugalfesten und durch Spenden 5000 DM für die Kooperativen zusammenbringen. Allen Spendern unseren herzlichen Dank! weitere Spenden für Vimieiro bitte auf das Konto:

Freundeskreis Reforma Agraria, 200 522 612 Bezirkssparkasse Gießen, „Portugalspende".





Nicaragua

DIE WIDERSPRÜCHE DER REVOLUTION

Die Art, wie hier über Nicaragua diskutiert bzw. nicht diskutiert wird, zeigt, wie unfähig ein großer Teil der Linken ist, mit politischen Ereignissen umzugehen und zu reagieren.
Schon vor dem Sieg der Sandinisten über Somoza war das Interesse sehr gering, und die eigentliche Unterstützung erhielt die Befreiungsbewegung mehr von der Kirche und humanistischen Organisationen. Jetzt in der Phase des Wiederaufbaus scheint das Interesse an Nicaragua ganz erloschen. Was immer auch die Gründe dafür sein mögen (über die eine ausführliche Diskussion dringend nötig wäre), meinen wir, daß der folgende Artikel eine Möglichkeit zeigt, wie man mit etwas mehr Überlegung um die Problematik herangehen kann und nicht in das übliche Schema verfällt: entweder totaler Skeptizismus gegenüber einer Befreiungsbewegung, die eine 'Avantgarde' ist und nicht sofort revolutionäre Veränderungen garantiert oder die kritiklose Übernahme ihrer Positionen
Der Artikel stammt aus den Lateinamerika Nachrichten Nr.81.

Dieses Papier ist in Managua geschrieben. Von einem, der die zwei Volksaufstände der Nicaraguaner vom Nachbarland Costa Rica aus mitverfolgt hat und der seit letztem Oktober in Managua lebt.
Das setzt Grenzen. Diejenigen Grenzen, denen alle, die hier arbeiten, unterworfen sind. Eine Stehe-Punkt – um nicht zu sagen: ein Standpunkt. Es ist also ein einseitiges Papier, diskutiert kein Für und Wider der Nicaraguasolidarität. Die Frage, ob die Nicaraguaner die richtigen Lehren aus dem historischen Ablauf anderer Revolutionen ziehen – es ist nicht meine Absicht oder Aufgabe, das zu entscheiden.
Was ich tun will, ist bestimmte Prozesse und sich entwickelnde Strukturen der Revolution in Nicaragua zu erklären. Zu erklären aus den Widersprüchen heraus, in die sich diese Revolution seit ihrem Beginn am 19.Juli 1979 gestellt sieht.
Es wird keine erschöpfende Wissenschaftliche Erklärung sein, dafür etwa, daß es so ablaufen "mußte". Ich will nur klarmachen, daß die Strategie, die heute vom Frente Sandinista und von der Regierung verfolgt wird, eine berechtigte Logik hat (und zwar keine "bürgerliche"). Verständlich machen: die Maßnahmen, mit denen diese (wie ich behaupte: antikapitalistische) Strategie verfolgt wird; die Widersprüche, denen eine solche Politik im derzeitigen Kräftefeld Zentral- und Lateinamerikas ausgesetzt ist; die engen Grenzen, die der vollkommene Mangel an demokratischer Erfahrung während der gesamten nicaraguanischen Geschichte einer unmittelbaren Basisbestimmtheit des genauen Ganges der Revolution im Moment noch setzt.

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung ist, wenn sie sich ein Bild der Lage in Nicaragua zu verschaffen versucht, in erster Linie auf die Berichterstattung der reaktionären (FAZ) bis "liberalen"(FR,SZ)Zeitungen angewiesen. Viele der Nachrichten haben beunruhigt, mußten beunruhigen, in der Art, wie sie ankamen und verarbeitet waren. Ein Teil davon sind einfach Falschinformationen, die auf der Arbeitsweise und den Interessen der jettenden Lateinamerikakorrespondenten beruhen: sie kommen für zwei bis drei Tage nach Managua, müssen sich ein möglichst umfassendes Bild verschaffen und sind dabei dann auf ihre "Informanten" angewiesen, die ihrerseits vorzugsweise aus der Gerüchteküche schöpfen, die gerade von denjenigen angeheizt und gespeist wird, die ohnehin hinter jedem staatlichen Dekret den Verlust ihrer Privilegien wittern. Gerüchte sind inzwischen zum bevorzugten politischen Mittel derjenigen geworden, die ihre Interessen nicht mehr mittels direktem Zugang zur politischen Macht durchsetzen können.
Ein Beispiel: das Gerücht, der Zucker werde in den nächsten Tagen knapp werden, treibt alle so zum Hamsterkaufen, daß innerhalb von kurzer Zeit eine tatsächliche Knappheit auf dem Markt herrscht – und die Ineffizienz der staatlichen Stelle (ENABAS), die durch den Aufkauf und die Speicherung von Grundnahrungsmitteln die regelmäßige Versorgung sicherstellen soll, "bewiesen" wird. Bisher hat das nicht zu ernsthaften Schwierigkeiten geführt – denn die Versorgung funktioniert im Großen und Ganzen jetzt besser als im Nachbarland Costa Rica. Aber der Mechanismus existiert bereits und wird sicher mit Zunahme der politischen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie noch wichtiger werden.

Diese Art von Falschmeldungen wird oft ohne Prüfung weitergegeben von

Journalisten, die immer bemüht sind, das Nicht-Funktionierende und "die Krise" aufzuspüren, um überhaupt ihre Nachrichten über das den Deutschen nicht besonders naheliegende Lateinamerika "verkaufen" zu können.
Andere Presseinformationen verwenden mehr oder weniger zutreffende Details, die jedoch oft nicht in ihrem Zusammenhang gestellt werden oder denen auch eine ganz irrtümliche Interpretation gegeben wird. Ein Beispiel aus der Solidaritätspresse: Wenn "Nicaragua aktuell" eine Anzeige aus "Barricada" im Faksimile wiedergibt, in der sich der Banco de America als "tu companero en la reconstrucion"(dein Freund beim Wiederaufbau) anpreist, und wenn dann dem Leser zur Orientierung die Übersetzung „Bank of America" beigegeben wird, dann erhält die Information eine beinahe zynische Bedeutung: so als ob sich jetzt die Multis im offiziellen Organ des FSLN als die großen Revolutionäre ausgeben dürften. In Wirklichkeit hat der Banco de America nichts mit der US-Bank Bank of America zu tun. Eine der drei nicaraguanischen Großbanken, wurde sie im vergangenen August verstaatlicht, ebenso wie alle anderen im Besitz der nicaraguanischen Bourgeoisie befindlichen (natürlich aber von US-Banken finanziell abhängigen) Privatbanken.
Nicht überall ist der Irrtum der Interpretation so offensichtlich. Eine ökonomische Maßnahme, die die Bourgeoisie zu begünstigen scheint (wie z.B. die Begrenzung der Lohnerhöhungen auf etwa 10%) kann angemessen nur im Zusammenhang der gesamten Regierungspolitik gegenüber der Bourgeoisie beurteilt werden. Gerade das Herausgreifen und Extrapolieren von Detailinformationen führt nämlich zu so widersprüchlichen Schreckenseinschätzungen wie "FSLN liefert die Revolution an die Bourgeoisie aus" und "Nicaragua ist schon in der Hand der Kubaner".
Das dritte Schlagwort, das in diesem Zusammenhang zu nennen wäre, ist das vom "neuen Totalitarismus"(Zitat Süddeutsche Zeitung, F. Kassebeer, 4.3.80: "Die Demokraten gehen in diesem Apparat fast unter.")

Die Widersprüche der Revolution und das prekäre Gleichgewicht der gegenwärtigen politischen Allianz

Ich will es noch deutlicher als in den vorangegangenen Abschnitten sagen: die ausbalancierenden, gegensteuernden und oft widersprüchlich erscheinenden Maßnahmen der Regierungsjunta gehen auf einen realen (aber aus globalpolitischen Gründen nicht auf der Bühne ausgebreiteten) Widerspruch zurück, der sich zwischen den Erfordernissen einer Allianz mit zumindest Teilen der einheimischen Bourgeoisie und denjenigen einer vom Volk unterstützt en und weiterzutreibenden Revolution auftut.
Die Allianz muß im Prinzip das Privateigentum, zumindest der "Nicht-Somozisten", garantieren — andernfalls wird die Bourgeoisie ihre Geld lediglich spekulativ und im Ausland anlegen. Die "Volksrevolution"(revolucion popular) hat sich dagegen verpflichtet, im Prinzip dem Volkswillen keine institutionellen Schranken aufzuerlegen.
Daß deshalb die Allianz auch keine langfristige sein kann, haben Frente Sandinista und Regierung einkalkuliert: alle wirtschaftspolitischen Aussagen und Entscheidungen beschränken sich auf das Jahr 1980 ("Plan der wirtschaftlichen Reaktivierung 1980"). Garantien für die Bourgeoisie, die darüber hinausgingen, weigern sie sich zu geben. Regierung wie Frente geraten dennoch unter einen gewissen Druck ihrer Basis, der der taktische Charakter der Allianz eigentlich gar nicht deutlich genug gemacht werden könnte — aber wiederum nicht gemacht werden darf, denn sonst würde die Allianz



selbst von vornherein unglaubwürdig sein ... für die Bourgeoisie.
Mit Sicherheit sieht es heute danach aus — auch gerade unter der Oberfläche —, daß mit zunehmenden Konflikten diese zunehmend zugunsten der Basisforderungen gelöst werden. Von Populismus (also ideologischer Integration der unterdrückten Klassen in ein von Teilen der Bourgeoisie angeführtes politisches Projekt) kann nicht die Rede sein, weniger noch von "Auslieferung an die Bougeoisie".

Der angebliche "neue Totalitarismus"

Letzteres läßt sich nicht zuletzt auch an der Reaktion der Unternehmerverbände und rechten politischen Parteien ablesen: da gibt es nicht einfach das übliche Lamentieren über schlechte ökonomische Investitionsbedingungen. Die Angriffe gegen die Regierung sind vielmehr am härtesten auf politischem Gebiet. Sie gehen gegen die Weigerung der Regierung, eine bürgerlich-repräsentative Demokratie zu institutionalisieren, auf weitere Enteignungen grundsätzlich zu verzichten und sich heute schon auf ein starres juristisches Kontrollsystem festzulegen. Allesamt Regelungen, die die Flexibilität der Überbaustrukturen gegenüber der tatsächlichen Dynamik der Revolution arg behindern würden.
Gerade unter den Juristen hat übrigens der Partido Conservador Democratico eine Hochburg, der heute schon in halbstündigen Radioprogrammen (privater Sender) gegen den "neuen Totalitarismus" antritt. Gemein ist allen Verwendungen des Begriffs "Totalitarismus", nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik, daß er nichts mit einer historisch fundierten Analyse des jeweiligen Staates zu tun hat, sondern rein formale Ähnlichkeiten irgendwelcher Staats- und Regierungsformen bezeichnet, die nicht dem sog. "westlichen Demokratiebegriff" entsprechen.
Im Fall Nicaraguas wird "Totalitarismus" meist gleichgesetzt mit der Behauptung, man habe es mit einem "neuen Kuba" zu tun. Das eine ist dabei so unhistorisch wie das andere: schon einfach deshalb, weil kaum jemand eigentlich weiß, wie das kubanische System eigentlich funkioniert. Schablonen werden übereinandergelegt, die kubanischen CDR (Revolutionskomitees) mit den CDS der Nicaraguaner gleichgesetzt. In Wirklichkeit ist die Funktion der letzteren noch kaum einheitlich definiert, beruht auf der Initiative der Bevölkerung selbst. Deshalb dürfen uns negative Beispiele auch nur wenig erschrekken — sie sind gar nicht zu vermeiden. Auch grobe Fehler (wie im Fall eines Flugblattes, das zur Denunziation aufforderte) können mangels direkter Kontrolle erst nachträglich von oben korrigiert werden — wenn sie schon in der Presse stehen.
Daß heute etwa 2 000 Kubaner in Nicaragua arbeiten (zum allergrößten Teil Lehrer und Ärzte, einige Planungsexperten), bringt selbstverständlich einen nicht geringen Einfluß mit sich. Doch sollten wir uns fragen, ob dieser Einfluß, wenn er nicht in Dominanz übergeht, nicht durchaus seine Berechtigung hat: die Kubaner sind tatsächlich die einzigen Lateinamerikaner, die Lösungen für ihre dringendsten sozialen Probleme gefunden haben (statt z.B., wie das reiche Venezuela, immer auf die Scheinlösungen der US-Experten zurückzugreifen, die als einzige längerfristige Wirkung eine immer stärkere reale Abhängigkeit von den Zentren des Kapitalismus zur Folge haben). Ob Agrarreform, Gesundheitssystem oder Alphabetasierungskampagne — die einzigen Erfolgreichen sind bisher die Kubaner. Und in Nicaragua scheinen sie, nach den Erfahrungen der ersten Zeit, bereit zu sein, gemeinsam mit den Nicaraguanern "angepaßte" Lösungen zu entwickeln, betonen immer wieder auch die eigenen Fehler, die es zu vermeiden gälte. Das schließt natürlich die berühmten Schwarzen Schafe

unter den kubanischen Freiwilligen nicht aus. Auf solche Fälle wiederum stürzt sich die Presse mit Vorliebe, und nicht zuletzt deshalb, weil "Anti-Kubanismus" als Ersatz für offenen Anti-Sozialismus verwendet werden kann. Während letzterer nur noch schwer zu verkaufen ist (und sich selbst die Unternehmerpartei MDN für Sozialismus ausspricht), sind antikubanische Einstellungen bei einem nicht geringen Teil selbst der Campesinos das propagandistische Erbe Somozas und ein günstiger Anknüpfungspunkt für die Opposition der Bourgeoisie heute.

Zwischen Diskussion und Repression – die Politik gegenüber dem sogenannten Linksradikalismus

Verbreitete Kubafeindlichkeit bei Teilen der Bevölkerung, die mit einiger Sicherheit vor der Revolution noch nie einen Kubaner zu Gesicht bekommen hatten, ist nur e i n Reflex des durchschnittlich immer noch sehr niedrigen politischen Bewußtseinstandes und Informationsgrades des nicaraguanischen Volkes, dessen historischen Hintergrund ich weiter oben erläutert habe.

Der Widerspruch zwischen diesem Mangel und der auf das Verständnis der Bevölkerungsmehrheit angewiesenen Allianzpolitik im ökonomischen Bereich ist seinerseits die Grundlage für die Art, in der der Frente Sandinista die Auseinandersetzung mit solchen politischen Gruppen führt, die die taktische Allianz mit der Bourgeoisie ablehnen und implizit oder explizit die sofortige Ausrufung des Sozialismus, die vollständige Enteignung der Groß- und Mittelbourgeoisie und die Entfernung aller bürgerlichen Kräfte aus der Regierung fordern. Sie werden in Nicaragua unter dem Schlagwort "Linksradikale" eingeordnet, und die Berichte (siehe vor allem die Taz) darüber, wie mit ihnen umgegangen wird, treffen im großen und ganzen zu. Das betrifft Redaktionsmitglieder der Tageszeitung "El Pueblo", Organ der Gewerkschaftsorganisation (mit maoistischem Hintergrund) "Frente Obrero", die zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, eine Strafe, die in der zweiten Instanz auf 13 Monate herabgesetzt worden ist. Das betrifft zum anderen die Führung der (früher moskautreuen) Kommunistischen Partei Nicaraguas und ihrer Gewerkschaftsorganisationen CAUS (Arbeiter) und MORE (Campesinos), die seit einigen Wochen , noch ohne Gerichtsverfahren, in Haft sitzen.

Unbeschadet aller juristischen Argumente, die in den beiden Fällen auf den Tisch gebracht werden – der tatsächliche Grund für die militärischen und juristischen Maßnahmen gegen diese Gruppen liegt in dem politischen Problem, vor das sich der Frente und die Regierung durch deren Betätigung gestellt sieht:

Weder der Frente Obrero noch die Kommunistische Partei sind , von lokalen Hochburgen abgesehen, Gruppierungen mit großem Massenanhang. Dennoch haben sie es verstanden, mit Sofortforderungen nach 100%allgemeiner Lohnerhöhung und der Propagierung von Land- und Fabrikbesetzungen, die nicht durch die offiziellen





Kriterien („nur von Somozisten") gedeckt waren, Arbeiter und Campesinos zu erreichen, die von der Revolution ökonomisch noch nicht profitiert hatten. Während die Strategie der Regierung nur langsame Verbesserungen, und für das erste Jahr nur im sozialen Bereich, jedoch keine Lohnerhöhungen vorgesehen hatte, um nicht die Revolution selbst durch wirtschaftliches Chaos zu "destabilisieren", kümmerte das den Frente Obrero wie die Kommunistische Partei wenig, weil sie einem allmählichen Übergang zum Sozialismus ohnehin nicht trauen.

Der Frente Sandinista hat zwar zweifellos die intelligentere Strategie hinter sich: durch die kurzfristige Allianz mit der Bourgeoisie soviel Zeit zu gewinnen, wie nötig ist, einmal die Wirtschaftsaktivität wieder auf den Vorkriegszustand zu bringen; und zum anderen die mit keiner politischen Tradition ausgestattete Mehrheit der Arbeiter- und Bauernschaft politisch so weiterzubilden, daß künftige ökonomische Schwierigkeiten, die bei einer Zuspitzung des Konflikts mit dem internationalen Kapital unvermeidlich sind. (Export-, Import-, Kreditboykotte), nicht mehr dazu führen, daß die negativ Betroffenen Zuflucht bei reaktionären Alternativen suchen.

Doch die politische Erziehung dauert lange, und bisher gibt es nur eine dünne Schicht von politisch und technisch ausgebildeten Leuten im Frente, die meisten davon absorbiert vom Regierungsapparat, die eine solche Arbeit leisten könnten. Ansätze, die über die leider noch übergroßen Raum einnehmenden Parolen hinausgehen, gibt es vor allem in den Massenorganisationen. Aber noch sind es Ansätze, und die fortdauernde politische Unterentwicklung des nicaraguanischen Volkes in seiner Mehrheit rückte für den Frente die Furcht in den Mittelpunkt, Liberalität gegenüber den "Linksradikalen" könnte kurzfristigen und "ökonomistischen" Argumenten soviel Auftrieb verleihen, daß eine Pattsituation die Weiterentwicklung der Revolution behindern würde. Der Fall der UP-Regierung Chiles(mit Allende an der Spitze) hatte schließlich gezeigt, daß sie nicht zuletzt an ihrer eigenen Entscheidungsunfähigkeit gescheitert war — der Pattsituation zwischen ihren beiden Flügeln, deren Immobilität einen Putsch ohne organisierte Gegenwehr erst möglich machte.

Eine "rationale" Konfliktaustragung zwischen widersprüchlichen Strategien — derart, daß die letztendliche Gemeinsamkeit in bezug auf das Ziel den Konflikt nicht zugunsten des gemeinsames Gegners, der Konterrevolution, ausschlagen läßt — ist in einer Gesellschaft wohl schwer zu garantieren, in der die Gewalt der Herrschenden — Liberalen wie Konservativen, Somozas wie der US-Invasoren — immer die Konflikte entschieden hatte. Und jetzt war es zum ersten Mal die Gewalt der Unterdrückten, die gesiegt hat. Aber sie ist eben auch Gewalt und schafft Bewußtseinsstrukturen, die mit dem 19.Juli nicht einfach weggewischt wurden.

Repression gegen diejenigen, die den in Nicaragua ganz oben rangierenden Grundsatz der Einheit ((ihrem bisherigen Erfolgsrezept) nicht beachten, wird auch vom politisch denkenden Teil der Bevölkerung für ganz selbstverständlich gehalten. Sie richtet sich gegen diejenigen, die sich außerhalb des Frente Sandinista stellen und gegen ihn arbeiten. Und deshalb wäre auch die Annahme falsch, es herrschte in Nicaragua ein Klima der politischen Unterdrückung: von den Betroffenen abgesehen, wird dies kaum irgendwo so empfunden. Dieser letzte Satz ist in keiner Weise zynisch gemeint, er soll lediglich ausdrücken: die Repression steht bisher ganz am Rande der Revolution — ganz sicher ist sie nicht die Revolution!

Ohne die längerfristigen politischen Auswirkungen einer solchen, repressive Maßnahmen einschließenden Politik zu diskutieren, wollte ich in diesem letzten Abschnitt nur dafür plädieren, die Ereignisse in Nicaragua nicht mit der falschen Elle ausschließlich unserer eigenen Erfahrungen mit Revolutionen und unserem Internationalismus zu messen. Wenn wir den bewaffneten Kampf der Nicaraguaner gegen die Somozadiktatur gerechtfertigt und unterstützt haben, dann müssen wir auch *erst einmal* die durch ihn geschaffenen Strukturen, auch die geistigen akzeptieren. Und das heißt, den Nicaraguanern unsere Solidarität nicht nach wenigen Monaten "Probezeit" wegen der Folgen dieser Strukturen versagen. Sonst war unsere vorherige Solidarität zumindest eine idealistische."

Michael Rediske

HAITI – TRAUM UND ALPTRAUM

Diesmal geht's um ein Land, das günstig gelegen in der Karibik und daher zum begehrten Ziel des Ferntourismus geworden ist. Bei den "Boat People", von denen im Folgenden die Rede ist, handelt es sich allerdings nicht um Touristen. Quelle: Liberation, 23.4.80.

Tausende von Haitianern flüchten aus der "Demokratie" der „Machetenonkels" – wie die Duvalier-Sippschaft von den Bewohnern der Insel in der Karibik genannt wird – über das Meer nach Florida. Dort werden sie von den USA wieder herausgeworfen. Den Sohn von "Papa Doc"(= Francois Duvalier) Claude Duvalier, der kürzlich die neunte Wiederkehr seines Machtantritts als unabsetzbarer Präsident gefeiert hat, beunruhigt diese Entwicklung. Aus Anlaß einer Rede hat er Anweisung gegeben, die „Rädelsführer von solchen Abenteuern" zu verurteilen: auf diese Weise will er lieb Kind in Washington machen.

Den aussichtslosen Kampf gegen das Elend aufgeben, sich aufmachen ins gelobte Land im Norden, das ist der Wunsch von Tausenden von Haitianern, obwohl andere, die "legal" des Landes verwiesen werden, gerne bleiben würden.

Silvio Claude, Gründer der im letzten Jahr zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder zugelassenen politischen Partei (christlich-demokratisch)(seit 1961 hatte sich "Papa Doc" mit diktatorischen Vollmachten versehen), inzwischen aber im Knast, hat mit 16 anderen politischen Gefangenen seit dem 27. Februar dieses Jahres im Gefängnis von Port-au-Prince, der Hauptstadt von Haiti, einen Hungerstreik gemacht. Er sollte ausgewiesen werden, hat im Empfangsgebäude des Francois-Duvalier-Flughafens aber derart Aufsehen erregt, daß seine Bewacher sich entschlossen, ihn doch lieber wieder in die Zelle zu bringen, um ihn mit anderen Methoden zu "überzeugen". Umsonst.

Vor den Gerichten von Florida wird vom State Department trotzdem erklärt, daß es in Haiti keine Repression gäbe und die "Boat-People" nichts zu befürchten hätten, wenn sie zurückgeschickt würden. Nachdem im Schnellgerichtsverfahren bisher bis zu 150 Haitianer pro Tag ausgewiesen wurden, hat jetzt der Bundesrichter James King Formfehler entdeckt, weil die meisten haitischen Flüchtlinge kein Englisch sprechen. Nun zählt auch die Begründung nicht mehr, die zurückgewiesenen Flüchtlinge hätten nichts zu befürchten. Beweis: die Aussagen von verschiedenen zum zweiten Mal Geflüchteten, die von Untersuchungshaft und Folter in Haiti erzählen, " weil sie den Namen des Landes in Schmutz gezogen hätten."

Im Mai letzten Jahres beauftragte die amerikanische Regierung eine Untersuchungskommission mit der Vernehmung von Opfern dieser Politik. Überwacht durch das Regime, hat die Kommission niemanden gefunden, was ja auch kaum überraschen kann. Der Besuch fand auch ausgerechnet einige Tage nach der Ernennung von Weber Guerrier, dem vormaligen Leiter des (politischen) Gefängnisses von Fort - Dimanche, zum stellvertretenden Innenminister statt...

Die Ärmsten von Mittelamerika

Zwei Monate nach der Abreise der US-amerikanischen Kommission ermahnte Claude Duvalier seine "Nationale Sicherheitstruppe" ihre Gewehre jederzeit schußbereit zu halten. Er erinnerte sich wieder einmal daran, daß die mehreren Tausend Soldaten seiner Privatarmee die wichtigste Stütze seines Regimes sind.

Eine Welle von Brutalitäten folgte, die am 29.August letzten Jahres zur Festnahme von Silvio Claude führte. Außerdem wurde einen Tag nach einer Kundgebung von mehreren hundert Leuten in den Straßen der Hauptstadt das Parteibüro der Christdemokraten restlos demoliert. Diese Vorfälle waren ebenso eine Antwort auf die Veröffentlichung einer Befragung durch die Wochenzeitung "Petit samedi soir", durch die herauskam, daß 80% der Bevölkerung gegen das Regime sind.

Seit dieser Zeit hat sich das politische Klima kaum verbessert. Im letzten November wurde Gerard Gourgue, Präsident der haitianischen Menschenrechtsliga während einer Pressekonferenz zusammengeschlagen, durch ein Kommando von 60 Schlägern angeheuert durch zwei Minister.

Nach Gegoire Eugene, Führer einer kleinen zentristischen Partei, die vom Regime toleriert wird, sitzt das Land auf einem Pulverfaß: "Es gibt dermaßen viel Repression, so viel Haß, der im Lauf der Jahre zusammengekommen ist...Die Hilfslieferungen der US-Amerikaner haben uns nicht geholfen. Hier sterben die Leute immer noch aus Hunger."

Trotz der offiziellen Regierungszahlen bestätigen die internationalen Organisationen diesen Niedergang. Haiti ist seit langem das ärmste Land von ganz Mittel- und Südamerika.

In den kleinen Fabriken, wo die Arbeiter für zwei Dollar pro Tag unter schlimmen Bedingungen für US-amerikanische Unternehmer arbeiten, gibt es mehrere Tausend Arbeitsplätze. Dagegen lebt 80% der haitianischen Bevölkerung auf dem Land, das ist der größte Prozentsatz auf dem Teilkontinent(Lateinamerika). Aufgrund von Erosionsprozessen befindet sich das Land darüber hinaus in Umwandlung zu einer Wüste. Im Norden und Nordwesten der Insel, wo die Mehrzahl der "Boat-People" herkommen, haben die internationalen Hilfslieferungen die örtliche Wirtschaft zerstört. Bauern und kleine Händler können natürlich nicht mit den kostenlos verteilten Lebensmitteln konkurrieren. Die chronische Abhängigkeit von den reichen Ländern verstärkt sich somit beständig. Auf der anderen Seite wächst der Reichtum des Duvalier-Clans, der auf 400 Millionen Dollar von geplündeten Staats- und internationalen Hilfsgeldern geschätzt wird.

Flüchtlinge über Flüchtlinge

Viele Gründe für ein Volk, um zu emigrieren, aber Washington weigert sich, die Haitianer als politische Flüchtlinge anzuerkennen wie die aus Kuba oder Indochina. Sie gelten nur als Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen.

Das Verhalten der USA wird davon diktiert, was sie als ihre politisch-strategischen Interessen halten. Der Duvalier-Clan ist manchmal behindert durch seinen Mangel an politischem Einfühlungsvermögen, sie sind aber treue Vasallen der USA seit 23 Jahren. Und die USA wollen natürlich nicht die politische Niederlage eingestehen, die die spektakuläre Flucht der ungefähr 12 000 Flüchtlinge in den letzten Jahren darstellt. Besonders jetzt, nach der Revolution von Nicaragua und der politischen Linksentwicklung auf der kleinen Insel Grenada zittern die traditionellen Herren dieser Region, die seit 160 Jahren mit der USA liiert sind.

Zur Zeit wird Washington vorgeworfen, die Publikation eines Berichtes der amerikanischen Menschenrechtskommission zu behindern, die gegen den Duvalier-Clan Position bezogen hat. Dieses Dokument von 76 Seiten, in New York dem Oppositionsblatt "Haiti-Observer" zugänglich gemacht, verurteilt die kürzliche Zuspitzung der Brutalitäten und stellt fest, daß die von Duvalier ausgedrückte "Bereitschaft",die Situation zu "verbessern", nichts zum Besseren geändert habe.

Anti-Haitischer Rassismus?

Die Folter wird immer noch laufend praktiziert, unterstreichen die Befrager, obwohl das das Regime verleugnet, selbst für 1975 und 1976, als es selbst standrechtliche Erschießungen gab. Was

die Rechte auf Ausbildung, Gesundheit, Arbeitsplatz und Entlohnung angeht, so kommt die Kommission zu dem Schluß, daß sie in Haiti praktisch nicht existieren. Wir sind augenblicklich das vergessene Volk der Karibik, sagen die Haitianer, deren Vorfahren die ersten Amerikaner waren, die sich seit 1804 gegen Sklaverei und Kolonialismus wehrten.

Während sich ein Teil der Aristokratie und der Begüterteren in Paris, Montreal und New York niederließ, fliehen die Armen überallhin in die Karibik. Man findet sie auf Französisch-Guyana, auf den Bahamas, auf Kuba, und es gibt ca. 30.000 in der Dominikanischen Republik.

Durchweg feindselig aufgenommen, haben sie unter Rassismus zu leiden. Auf Guadeloupe, vor allem aber in der Dominikanischen Republik werden sie von den Zuckerrohrplantagenbesitzern gnadenlos ausgebeutet. Von dieser Tatsache legt der Bericht der Anti-Sklaverei Gesellschaft (London) Zeugnis ab. Auf Kuba wirft man ihnen vor, das Schweinefieber, das schon in der Dominikanischen Republik und in Haiti gewütet hatte, eingeschleppt zu haben. Zusätzlich zu den Zuckerrohr- und Tabakpflanzenkrankheiten hat diese dritte Seuche tatsächlich der kubanischen Ökonomie einen schweren Schlag versetzt.

Wegen seiner extremen Armut, durch seine Sprache (creole = eine Art Französisch mit spanischen und englischen Versatzstücken), nicht zuletzt aber wegen der strengen Diktatur der Duvaliers ist Haiti das isolierteste Land der Karibik. Trotzdem könnte das Aufkommen einer stärker internationalistisch orientierten Linken auf einigen Inseln der „Kleinen Antillen" wie auf Grenada diese Isolation vielleicht etwas aufbrechen.

Obwohl Fidel Castro nicht von Haiti spricht, so hat doch Maurice Bishop, revolutionärer Führer auf Grenada das Regime der Duvaliers auf Haiti als Schande für die Karibik bezeichnet und die letzteren beschuldigt, ihre Kinder an die Sklaverei in der Dominikanischen Republik verkauft zu haben. Der „Caricom" eine Art „gemeinsamer Markt" in der karibischen Region, hat bisher regelmäßig das Beitrittsgesuch von Haiti mit der Begründung „Verletzung von Menschenrechten" zurückgewiesen, aber wohl auch, weil dann die sechs Millionen Haitianer mit einem Schlag die Bevölkerung des „Caricom" verdoppeln würden.

Ein amerikanischer Alptraum

Die fortwährende Ankunft von „Boat-people" an der Küste von Florida, die Toten durch Schiffbruch, die Selbstmorde verschiedener Flüchtlinge, die sich geweigert hatten, nach Haiti zurückzukehren, beginnen langsam die Amerikaner zu beunruhigen. Die Kirchen, die Liberalen, verschiedene schwarze Abgeordnete aus Washington haben sich seit fünf Jahren organisiert, um die 12.000 Haitianer, die seitdem in Florida warten, zu verteidigen. Ihr wichtigster Anwalt, Ira Kurzban, ein US-Amerikaner, erklärt, die Haitianer seien die einzig wichtige Gruppe von Flüchtlingen, die von den USA ausgewiesen würden.

Die Haitianer beschuldigen Washington des Rassismus. „Wir sind schwarz, deshalb sind wir Teil des amerikanischen Alptraums", unterstreicht Pater Gerard Jean-Juste, Direktor des Flüchtlingszentrums in Miami. Zum ersten Mal hat jetzt die „New York Times" für die Haitianer Stellung bezogen.

Selbst wenn die us-amerikanischen Behörden nachgeben, dürfte sich in „Port-au-Prince" nichts verbessern. Washington, das die Duvaliers durch beträchtliche ökonomische Hilfsleistungen kontrolliert, hat ein Interesse, dieses Regime so lange wie möglich in aller Stille zu erhalten. Eine Haltung, wie sie auch die dominikanischen Behörden teilen: und zwar der Regierungsflügel der Dominikanischen Revolutionspartei! Die dominikanischen Investitionen haben sich während des letzten Jahres verstärkt. Für die haitische Opposition könnten diese Interessen der Dominikanischen Republik als Vorwand zu einer Militärintervention dienen, falls es im Falle des „Abtretens" der Duvaliers nötig sein sollte, das Land vor dem „Chaos" zu bewahren. Und die amerikanische Armee kontrolliert die dominikanische!

Übrigens, in den nächsten Wochen wird ein neuer „Club mediterranee" eingeweiht – auf Haiti.

Und wem es noch immer nicht reicht: hier die brandheißen Flugtermine:

Flug ab Frankfurt Dienstag Jamaika
Werbesaison *Zwischensaison* **Hochsaison**

Februar	*05*	*12*	*19*	*26*	
März	**04**	**11**	**18**	**25**	
April	**01**	**08**	*15*	*22*	29
Mai	*06*	*13*	*20*	*27*	
Juni	**03**	*10*	*17*	*24*	
Juli	*01*	*08*	**15**	**22**	29
August	*05*	*12*	*19*	*26*	
September	**02**	*09*	16 23	23	*30*
Oktober	*07*	*14*	**21**	**28**	

Flug ab Jamaica Montag Haiti

Februar	*04*	*11*	*18*	*25*	
März	**03**	**10**	**17**	**24**	**31**
April	**07**	*14*	*21*	**28**	
Mai	*05*	*12*	*19*	*26*	
Juni	**02**	*09*	*16*	*23*	*30*
Juli	*07*	**14**	**21**	**28**	
August	*04*	*11*	*18*	*25*	
September	**01**	*08*	*15*	*22*	*29*
Oktober	*06*	*13*	**20**	**27**	

Die Preise müßt Ihr schon selber herauskriegen!

ID
Nr. 334
Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.997.000 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!!

Postvertriebsstück Nr. 334 **Nummer des Abos** **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704352
Verantwortlicher Redakteur:
Enikö Balla
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

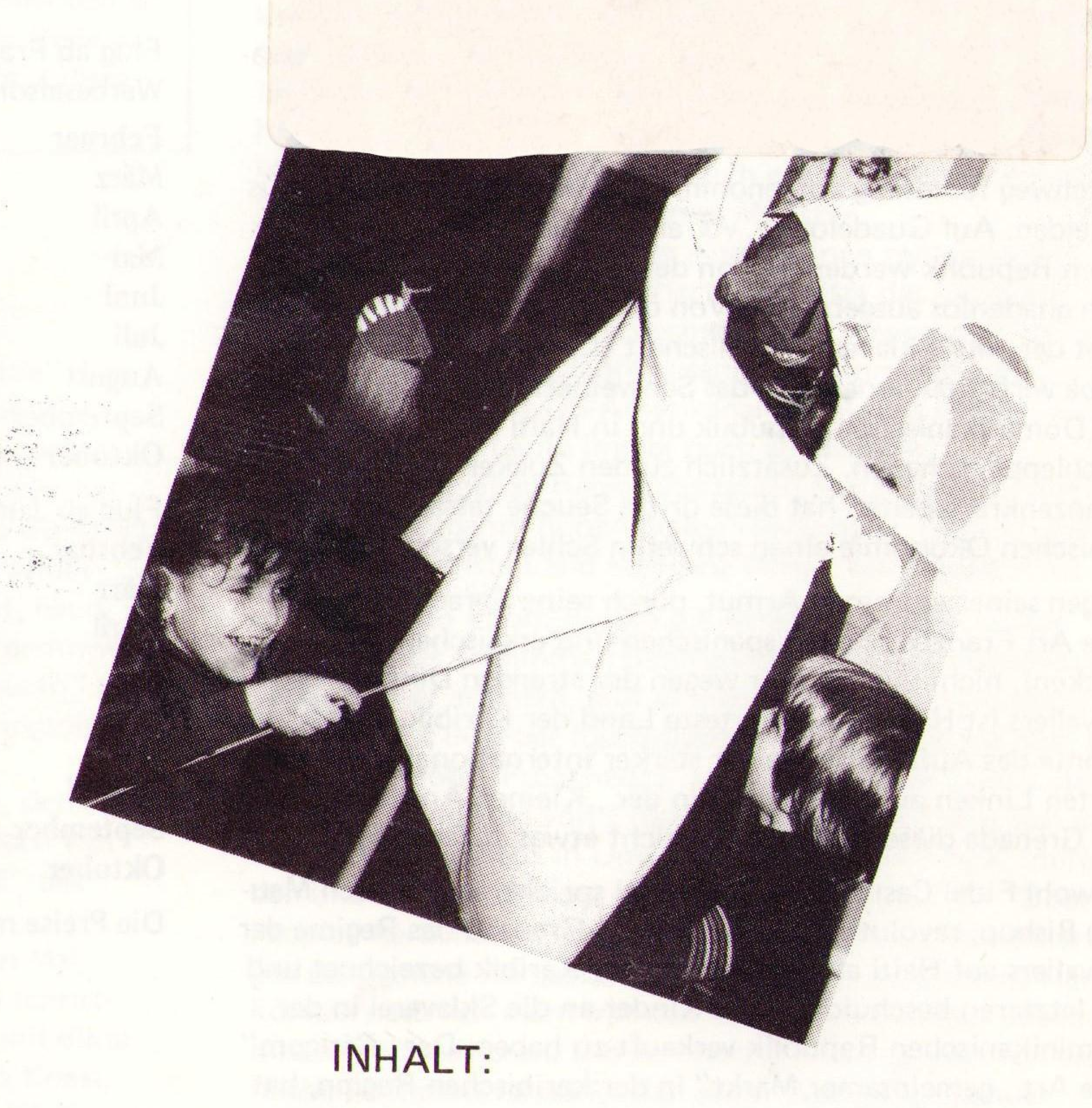
BEIRAT DES ID:
Arnfried Astel/Schriftsteller - **Johannes Beck**/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehnke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Dr. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	**30.– DM**
Halbjahr (24 Hefte):	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte):	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



INHALT: